

# OSTPREUSEN

## Wochenschrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30.

Ercheint wöchentlich einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 150 Mk. Einzelnummer 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr.  
Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 4gepaltenen Zeile 45 Pf.

Nr. 34.

Berlin, 24. August 1934.

15. Jahrg.

**Inhalt:** S. 367: Litauens Anspruch auf Wilna. — S. 398: Ereignisse der polnischen Außenpolitik. — S. 399: Der Weltbund der Polen. — S. 400: Die polnische Aus- und Waidmanerung 1933. — Regierungserklärung zu den Danzig-polnischen Abkommen. — S. 401: Die Reueicherung der Danziger Verträge. — S. 402: Auseinandersetzung über Jaroslaw. — Ostland-Woche. — S. 404: Unmilde Strauchungen über die kirchliche Vermählung. — S. 406: Königsberg als Industriestand. — Der Anteil der deutschen Gläubiger an der Rückzahlung der Währungsanleihe. — S. 407: Die Verträge der Arbeitslosigkeit in Schloß. — S. 408: Die „Jugend“ in der Ostsee. — 700 Jahre Bad Brambrunn.

## Litauens Anspruch auf Wilna.

Nach der polnischen Volkszählung vom Dezember 1931 soll der Wilna-Korridor, der die Weizmannschiffen Wilna und Komogrod umschließt, zu mehr als der Hälfte von Polen bewohnt sein. In der Wojewodschaft Wilna wurden 59,9 und in der Wojewodschaft Komogrod 52,6 v. H. Menschen mit polnischer Mutterprache gezählt. Es besteht kein Anlaß, der polnischen Zählung ein allzu großes Vertrauen entgegenzubringen. Auch im Jahre 1921 wurden im Wilna-Korridor etwa 55 v. H. Polen gezählt. An Hand der Konfessionsstatistik läßt sich jedoch die Unhaltbarkeit dieser Ziffern nachweisen. Die Polen der beiden Wojewodschaften sind abzusehen von einigen hundert Reformierten) durchweg römisch-katholisch. In der 1921 selbstgekauften Zahl von etwa 920 000 Katholiken der beiden erwähnten Wojewodschaften sind jedoch außer den Polen auch noch die Litauer und Weiztrubenen enthalten. Die Litauer (außer einigen Reformierten) und die Weiztrubenen vom Teil, zu etwa 1/3 ihrer Gesamtzahl, römisch-katholisch. Von der Gesamtzahl der Katholiken für 1921 sind also rund 190 000 katholische Weiztrubenen und rund 60 000 Litauer abzugeben, so daß sich für 1921 eine Zahl von höchstens 672 000 Polen in den Wojewodschaften Wilna und Komogrod ergibt. Was sind für Komogrod 27,1 v. H. und für Wilna 45,7 v. H. Polen. Für den Wilna-Korridor im ganzen ergibt sich demnach für 1921 ein polnischer Bevölkerungsanteil von etwa 37 v. H. Polen, denen rund 50 v. H. Weiztrubenen, 9 v. H. Juden und 3 v. H. Litauer gegenüberstehen.

Auf diese 3 v. H. läßt sich der litauische Anspruch auf Wilna. Es ist kaum anzunehmen, daß sich der litauische Bevölkerungsanteil bis heute erhöht hat. Immerhin erhält der litauische Anspruch insofern einige nationale Bedeutung, als die Litauer in einigen Kreisen an der heutigen Grenze einen erheblichen Bevölkerungsanteil ausmachen. Von diesem Grenzstreifen ging ja in letzter Zeit auch wiederholt das Gerücht, daß Polen bereit sei, ihn an Litauen abzutreten, wenn dieses damit die Winafrage als erledigt anerkennen und geordnete, rege Beziehungen zu Polen aufnehmen wolle. Litauen aber hat für dieses Abhingehens kein Interesse vertreten. Ganz abgesehen davon, daß die Stadt Wilna als „historische Hauptstadt Litauens“ für das litauische Volk eine geradezu mythische Bedeutung erhalten hat, hat man in Litauen seine besonderen Vertretungen von den Nationalitätserhebungen im Wilna-gebiet. Die Angaben der polnischen Volkszählungen lehnt man dort schließlich als unzulässig ab. Man geht in der Beurteilung der Wilnaer Nationalitätserhebungen von ganz anderen Voraussetzungen aus als die Polen. Man erkennt die von diesen hier so stark in den Vordergrund gefohlenen Faktoren, Sprachzugehörigkeit, kulturelle Überlegenheit, „polnische Kirche“ usw. nicht als maßgebend für die wolkliche Zugehörigkeit an.

Was die sprachliche Seite anlangt, so können die Litauer nicht an Abrede stellen, daß der Weltanschauungsbereich der litauischen Sprachschiffen seit Jahrhunderten im litauischen Sprachraum, aber litauischen Zurückweichen nach Norden und Westen befindet. Und sie geben auch zu, daß dieser Rückgang in den letzten Jahrzehnten besonders stark gewesen ist. Ja, sie sind, da sich die gegenwärtige räumliche Beengtheit ihres Sprachgebietes nicht abzulassen läßt, sogar bemüht, das sprachlich verlorengegangene Gebiet als möglichst groß erscheinend zu lassen. So sagen sie, daß der Anteil der Litauischsprachigen an der Bevölkerung des ehemaligen russischen Gouvernements Wilna, verschiedenen Erhebungs-

versuchen nach zu urteilen, auf ein Drittel oder noch weniger des Anteils zum Ende des 19. Jahrhunderts ausgemacht habe. Der heutige Staatspräsident Smetona hat diese Entwicklung in seiner Berliner Rede von 1917 in großjünger Weise so ausgedrückt: „Zum Mitte des 19. Jahrhunderts hat fast 100 Kilometer südlich und östlich von Wilna die litauische Sprache beherrscht.“ Inwiefern solche Behauptungen, und wo in Wirklichkeit damals die Sprachgrenze verlaufen sein mag, das läßt sich heute nicht mehr einwandfrei feststellen, da es an den erforderlichen Unterlagen fehlt. Doch trifft die Behauptung der Litauer, daß ihre Sprachgrenze früher in heute polnischen oder weiztrubenen Sprachgebieten verlaufen sei, zweifellos zu. Es liegt hier einer der letzten Fälle vor, in denen sich alle am Das Wilna-gebiet miteinander ringenden Teile grundtätig einig sind.

Doch läßt jeder von ihnen aus der gemeinsam anerkannten Tatsache begrifflichsehr verschiedenartig. Folgerungen. Die Polen berufen sich auf die durch die erwähnte Sprachbeherrschung angeblich benutzene Überlegenheit ihres eigenen Volkstemes über das litauische. Die Litauer aber treten mit einer ganz anderen Beweisführung an die Vertretung ihrer wolklichen Forderungen heran. Sie argumentieren, nachdem sie die Einbuße an Sprachboden einmal zugestanden haben, etwa so: Eine nennenswerte Abminderung von Litauern aus der fraglichen Zone nach Westen oder nach übersee hat (wenigstens bis zum Jahre 1920) nicht stattgefunden. Unverkümmert kann aber auch (wenigstens bis zum Ende des russisch-polnischen Krieges 1. S. 1921) weder von einer polnischen Zuwanderung aus Kongerspolen ins Wilna-gebiet die Rede sein, noch mer ein ins Gewicht fallendes Zutrommen weiztrubener Elemente zu beobachten. Stammmil kann demnach, so argumentieren die Litauer, kein nennenswerter Wechsel in dem Bestande der Landesbewohner stattgefunden haben. Es handelt sich daher in den ehemals sprachlich litauischen Gebieten auch gegenwärtig noch um „fast reines litauisches Volkstum“, das lediglich durch die Gewaltpolitik der polnischen und früher auch der russischen Machthaber sprachlich und 3. Konfessionell seiner ursprünglichen Art entfremdet worden ist, ohne aber dadurch ein unbefristeter Bestandteil der Wölker geworden zu sein, deren Sprachen es jetzt spricht oder deren Religion es jetzt anbetet. Demnach ist die polnische, litauische, liberisierungen und Volksmethoden, fast immer auch die religiösen Anschauungen und die Erinnerung an die in nicht gar so weit zurückliegende Zeit gebrauchte litauische Sprache trennen die Bewohner des unfruchtlichen Siedlungsstreifens von den benachbarten Slawen. Wenn aber die Menschen dieselben geblieben sind, so folgern die Litauer weiter, dann kann „die nur äußerliche Abkehr vom alten Volkstum“ auch wieder rückgängig gemacht werden. Gegenüber der Masse der polonisierten oder russifizierten Litauer treten nach der litauischen Ansicht die Stammeserchten Polen und Weiztrubenen, namentlich die ersten, an Zahl so weit zurück, daß sie in einem großstädtischen Staat darstellen würden. Die Litauer erkennen also wieder das kirchliche Bekennnis, noch die Sprache als das im Wilna-gebiet zur Zeit national Entscheidende an, sondern verlangen auf Grund eines „Rassiprinzip“ das Vordrängen. „In Litauen gibt es außer den Juden“, sagte Smetona, „nur eine ethnographische Klasse: Litauer; und er bezog diese Satz auf ein Großlitauen, das im Süden Grodno und Komogrod und im Osten Ostjany und Smenjan, also den größten Teil des heutigen Wilna-Korridors, umfassen soll.

Diese recht künstlich ausmutende Beweisführung der Litauer, die sie ja auch — nur mit weit geringerer Recht — dem Memelgebiet und dem nördlichen Teil Ostpreußens gegenüber anzuwenden pflegen, erbärt durch den Hinweis auf die Stadt Wilna einen schmerzlichen Stoß. Wilna ist die einzige Stadt des ganzen nach ihr benannten Korridors, die mit Rücksicht auf ihre soziale Lebensform diesen Namen verdient. In Wilna wohnt der zwölfte Teil der Gesamtbevölkerung der beiden Wojewodschaften Wilna und Pogorodzie. Im Jahre 1921 fast vier Fünftel der Stadtbevölkerung dieser beiden Wojewodschaften gebildet. Wilna ist im Raum von Königsberg — Riga — Petersburg — Moskau — Riga — Lemberg — Warschau die einzige Großstadt mit 200 000 Einwohnern. 1931 wurden 196 385 Einwohner gezählt. Im Wilna geht der Rumpf der Seife und Waffen seit Jahrhunderten nie heute. Ein Anspruch, der aus nationalen Gründen auf die Stadt erhoben wird, wird auf das ganze Gebiet übertragen. Dabei ist es für das politische Schicksal des flachen Landes bedeutungsvoll, daß im Gegensatz zu diesem die Stadt Wilna eine verhältnismäßige Klarheit ihrer Rationalitätenverhältnisse aufweisen kann. Die russische Statistik von 1910 hat in Wilna: Stadt 52,2 v. H., Großgrüßen und Werkstätten 40 v. H., Juden, zumal nur 4 v. H., Großgrüßen und Werkstätten; und Litauer wurden sogar nur 1,2 v. H. gezählt. Ein hieron nur wenig abweichendes Ergebnis hat eine Zählung der über zehn Jahre alten Stadtbevölkerung gehabt, die während des Krieges von der deutschen Befehlshaberbehörde durchgeführt worden war: Von den damals rund 137 000 erfassten Personen waren die Hälfte Polen, 43,1 v. H. Juden, 2,7 (gleich 3700) Litauer, ferne 2000 Weißrussen, 2100 Großgrüßen und etwas über 1000 deutsche Zivilpersonen. Zur 1931 weist die polnische Statistik rund 130 000 Einwohner mit polnischer Muttersprache aus; das sind 60 v. H. Unter den knapp 67 000 mit anderer als polnischer Muttersprache leben die Juden meistens an erster Stelle. Litauer gibt es auch heute in der Stadt Wilna nur einige Tausende. Diese treten dort trotz Schulen und Verbänden nicht hervor.

Die Stadt ist mit den sie umgebenden Dörfern und Gutsböden ein kräftig wirkender Vorkörper polnischen Lebens, und dem sich viele der größten Erinnerungen der polnischen Geschichte verbinden. Immerhin gibt neben die Polen, die im altpolnischen Zeitalter und zum Teil auch im letzten Jahrhundert die einzige und durch ihre Geschlossenheit fast allmähliche Gebildetheit des Landes und vor allem der Stadt Wilna dargestellt haben, im Laufe der letzten Jahrhunderte die Angehörigen der anderen erwerbenden Völker als Teilnehmer am geistigen Erbe getreten. Keines der Völker und keine der Konfessionen, die im Laufe einer 700jährigen Geschichte um die Stadt miteinander gerungen haben, hat aus ihr eine geistige und kulturelle Einheit zu gestalten vermocht. Im Vergleich mit dem (zweit) heiligsten Moskau und dem ehrwürdigen Rom fehlt dieser Stadt der 60 Kirchen jeder durch den Anblick stetigen Wachstums vorfindende Zug. In Bauformen und Lebensart fehlt ihr die Harmonie und Geschlossenheit vieler anderer, im Schoße breit gelagerter Volkstums eingebetteter Lebenszentren vieler Völker an Moskau und Dnjepir. So ist es auch in politischer Hinsicht. Trotzdem Wilna nur geringe nichtpolnische (und nichtjüdische) Bevölkerungsteile aufzumeilen hatte, wurde es doch ein Ausgangspunkt nationalitätlicher, die Streitfragen eines zentralen der anderen weitverbreiteten Bewegungen, wie es zugleich russisches Verwaltungszentrum der Nordwestgebiete war und ein Mittelstelle objektiven Geisteslebens ist. Es hat von allen Großstädten Europas in nationaler Hinsicht die eigentümlichste Lage und die ungemessene Zukunft. Die Stadt ist ein Symbol dreier Völker. Sie ist im Bewußtsein des litauischen Volkes tief verurzelt. Aber es ist schwer feststellbar, wie die Litauer, wenn ihnen diese Stadt zufiele, gegen den dort weit überlegenen polnischen Einfluß aufkommen könnten. Das litauische Volkstum ist in sich noch nicht genügend, um die nationale Bedeutung durch eine nichtlitauische Gesellschaft ohne Schaden für seine Weiterentwicklung heute schon tragen zu können. Dr. Kriebel.

## Leitsätze der polnischen Außenpolitik.

Das Wilnaer „Słowo“ kann heute neben der „Gazeta Polska“ als diejenige polnische Zeitung angesehen werden, in der die Wege und Hintergründe der polnischen Außenpolitik ihren trefflichsten Ausdruck finden. Die Zeit, in der das „Słowo“ mit seinen maßgeblichen Betrachtungen und Analysen als ein führendes Außenleiter des polnischen Regierungslagers wirkt, ist heute vorbei. Die politischen Ideen, die in diesem Blatt seit Jahren propagiert worden sind, ohne früher in Warschau viel Anklang zu finden, treten heute immer deutlicher als die Leitsätze der polnischen Außenpolitik hervor. Es ist daher von besonderem Interesse, zu hören, was das „Słowo“ in einer Polemik mit dem Nationaldemokraten Prof. Stronki kürzlich über die politische Situation, in der sich Polen befindet, gesagt hat. Der Verfasser dieses Artikels ist der bekannte konservative Regierungsblockgeordnete und Hauptstiftsteller des „Słowo“, Makowski. Einige Sätze dieses Artikels, die man gerade als die Hauptthesen der von Oberst Beck geleiteten Außenpolitik Polens bezeichnen kann, seien hier wiedergegeben:

Über den Völkerbund heißt es: „Der Völkerbund hat nur ein Verdienst um die politische Zusammenarbeit Frankreichs und Englands mit Deutschland. Seit dem Augenblick, da die Zusammenarbeit mit Deutschland aufgehört hat, ist das ganze Ansehen des Völkerbundes zusammengebrochen.“

Das polnisch-französische Bündnis charakterisiert Makowski wie folgt: „Es ist unnormal, da es, mit Rücksicht auf Deutschland abgeschlossen, so funktioniert, daß der eine Bundesgenosse, nämlich Frankreich, eine immer friedlichere Politik gegenüber Deutschland führt und alle sich hieraus ergebenden Gewinne einheimlich, während der zweite Bundesgenosse, nämlich Polen, seine Beziehungen zu Deutschland immer mehr verhärtet und auf diese Weise einseitig die Lasten trägt. Heute sind die Rollen vertauscht. Das Bündnis besteht aus weiterhin, nur ist Polen heute Deutschlands gegenüber der friedlichen und Frankreich der Sicherheit liebende.“ Mit dem Augenblick, da unsere Politik gegenüber Deutschland aufhörte, „kriegerisch“ zu sein, hörte die französische Politik gegenüber Deutschland auf, „friedlich“ zu sein.“

Über die jetzigen Bemühungen Frankreichs um ein „Ottocarno“ sagt Makowski: „Damals, als Deutschland uns angriff (gemeint ist die Revisionpropaganda), bemühte sich Frankreich nicht um ein Ottocarno (an dem Polen damals viel gelegen war). . . Das Wesen des Ottocarno (das heute von Frankreich propagiert wird) werden wir erst dann ganz verstehen, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß es keine französischen Bemühungen um ein Ottocarno gegeben hätte, wären nicht die Unterredungen Hitlers mit Wysocki, wäre nicht der Pakt vom 26. Januar 1931 gewesen, hätte es diese beiden politischen Entscheidungen gegenüber dem deutschen Reich nicht gegeben, sondern hätte Polen in demselben Tempo, in dem vorher die identischen Meeresfälle (in Ostingen) veranlaßt wurden, gerufen, das es bedroht sei, hätte es seine öffentliche Meinung gegen Deutschland mobilisiert, seine Presse, Jollis, Propaganda- und sonstigen Kriege gegen Deutschland geführt. Wenn wir uns das alles vergegenwärtigen, so werden wir verstehen, daß wir der Wahrheit am

nächsten kommen, wenn wir das Ottocarno als einen deutschfeindlichen Schachzug, als das Bestreben Frankreichs bezeichnen, die Stellung zurückzugewinnen, die es in der Zeit der Politik Jolekiss hatte, als Frankreich sowohl den Frieden als auch die Sicherheit zu erhalten im Rahmen der Bundesgenossenschaft, also Polen vom Frieden überhaupt nicht abzuhalten, seine Sicherheit aber von der Gnade Frankreichs abhing. . . Das Gefühl unster Sicherheit war gefördert durch häufige Artikel in der französischen Presse, die sich den Kopf darüber zerbrach, ob man Deutschland nicht doch den Korridor abtreten sollte. . . Das Bündnis mit Frankreich nahm für uns wiederholt den Charakter einer Ergebung auf Frankreichs Gnade und Ungnade an. . . Das letzte Ottocarno zielt darauf ab, Polen der Möglichkeit einer freien Wahl seiner Bundesgenossen zu berauben, um ihm wiederum den Charakter „semper fidelis“ (immer treu) zu geben und aus ihm wiederum einen „Bajallen“ zu machen.“

Makowski hofft auf eine Wendung Deutschlands nach Südosten; er sagt: „Man muß bedenken, daß infolge der deutsch-polnischen Entspannung ein offensiver Angriff Deutschlands auf den Anbruch in die Erscheinung getreten ist, dies ruft eine für uns durchaus bequeme Umgruppierung der Kräfte hervor. Italien verbindet sich mit Frankreich. Die Welt der Aufrechterhaltung der Bestimmungen des Versailler Diktates, die früher . . . ausschließlich uns belastete, ist heute von anderen Schultern genommen; und das Versailler Diktat wird heute in erster Linie von einem anderen verteidigt.“

Über das polnisch-litauische Verhältnis sagt Makowski: „Ob die Welt in Bezug auf Litauen, auf das was man in keinem Falle rechnen kann. Wir treten baumend, da wir irren wollen, da wir dem Sentiment folgen, das eine Erfahrung mit „Über-Vita“ aus wirlich mit uns nicht verdrängen; ja, ich wage sogar die Behauptung, daß es sich mit uns nicht verdrängen kann.“ (In dieser Frage schweben einige Regierungskreise freilich noch anderer Meinung zu sein als Makowski.)

Die Rolle Rußlands kennzeichnet Makowski so: „Die Formel der polnischen Politik, die vollkommen automatisch tätig ist, besagt, daß die Konjunktur Polens dann gut ist, wenn Berlin und Petersburg (Moskau) miteinander in Unfrieden leben, daß die Konjunktur Polens schlecht ist, wenn sich diese beiden politischen Zentren vertragen. . . Die französisch-russische Annäherung war im 19. Jahrhundert nur insofern vorteilhaft für uns, als sie Rußland von dem Bündnis mit Deutschland ablenkte. Unter der dem Sentiment folgenden Fiktion, daß die Annäherung zwischen französisch-russische Annäherung für uns durchaus ungunstig, Frankreich zielt darauf ab, uns des Charakters eines für Frankreich notwendigen Bundesgenossen zu entscheiden. . . Aber an seinem russischen Bundesgenossen wird Frankreich eine Enttäuschung erleben. Die politische Aktivierung Rußlands in Europa ist ein gefährliches Spiel.“

# Der Weltbund der Polen.

## Der Oberste Rat des Weltbundes der Polen.

Der Weltbund der Polen wird von einem Obersten Räte geleitet, dem hervorragende Vertreter der „volkspolnischen“ Arbeit in der Heimat und im Ausland angehören. An sich sind Heimat- und Ausland nach paritätisch vertreten. Da aber die Zentrale des Weltbundes ihren Sitz in Warschau hat und hier auch das Schwerkraft der Arbeit liegt, ist die Führung des Bundes von der Heimat aus durchaus geführt. Im Rat sitzen 18 Heimatpolen, die bisher schon in der volkspolnischen Arbeit heroisiert sind. Das polnische Pfadfinderwesen ist durch Ambrogiemicz und Olszowski vertreten. Das Warschauer Institut für Zusammenarbeit mit dem Ausland hat von seinen führenden Mitgliedern Oberleutnant Jularski und den Seimoabgeordneten Leopold Comaskiewicz am Obersten Rat des Weltbundes beteiligt. Dem Rat gehört ferner an der Generalsekretär des Forschungsinstitutes für Rationalitätfragen in Warschau, Stanislaus Paprocki. Der Hoffmannkreuzer ist durch den Direktor seiner Warschauer Delegation, Mytylski, Jularski vertreten. Durch denselben und den Arbeitsinspektor im Rautinsministerium Komalkowski, ferner durch den Vorführer des Filzseins für die polnischen Kinder und Jugendlichen in Deutschland, Helczynski, findet das auslandspolnische Schulwesen im Obersten Rat seine Vertretung. Dem Rat gehören weiter an der Professor des polnischen Gymnasiums in Vönig und Schriftleiter des „Gry“ Wladyslaw Dziemski, der Schriftsteller Soetel und acht weitere Persönlichkeiten, zu denen als 19. Heimatpolen nach der bisherigen Vorführung des im Jahre 1929 gebildeten und jetzt aufgelösten Organisationsrates der Auslandspolen, Julian Symanski, hinzutritt.

Von den auslandspolnischen Gruppen sind im Obersten Rat vertreten Deutschland durch Herr Dr. Domanski-Zakrzewski und Dr. Kocmarok-Berlin, die Czechoslowakei durch Dr. Buzek und Dr. Wolf, Frankreich durch Kalinowski und Stefan Rejer; Diese drei Vöndergruppen sind durch je zwei Mitglieder beteiligt. Alle übrigen größeren auslandspolnischen Gruppen haben je einen Vertreter im Obersten Rat, und zwar Litauen: Wubynski, Kanada: Dubienki, Argentinien: Romolinski, Rumänien: Pralat Zukajewski, Brasilien: Roman Paul, Österreich: Lenowund und Vettland: Wilszyski. Bei den auslandspolnischen Rätegemeinschaften handelt es sich in der Regel um die Sieger der bestehenden Vöndergruppen. Zu den aufgeführten sollen nicht sein Vertreter der Polen in den Vereinigten Staaten hinzukommen, die jedoch bisher den Beitritt zum Weltbund abgelehnt haben. Somit besteht in seiner gegenwärtigen Zusammenfassung (ohne USA) der Oberste Rat aus 19 Heimatpolen und 13 Auslandspolen. Der Vorführende des Weltbundes ist der Senatspräsident Wladyslaw Rakczymicz, der Direktor des Büros ist Stefan Lenartowicz, der bisher schon das Büro des Organisationsrates geleitet hat und gleichzeitig eine führende Stelle im Warschauer Institut für Zusammenarbeit mit dem Ausland bekleidet.

## Das Arbeitsprogramm.

In der Schlussfassung des 2. Kongresses der Auslandspolen wurde nachstehende programatische Schlussfassung gefasst:

„Die 2. Tagung der Auslandspolen stellt fest, daß die Polen, wo immer sie leben, eine geschlossene völkische Einheit bilden, solidarisch in der tätigkeit zugunsten des polnischen Volkes und in dem Wunsch nach Vertiefung und Entwicklung der polnischen Kultur. ...

Der Kongress spricht die Überzeugung aus, daß der unter den Völkern verbreitete Haß den Frieden bedroht und den wirtschaftlichen Aufbau der Welt behindert, da nur die Überwindung der Zusammenhänge der Völkerei der Anerkennung und Achtung des Lebensrechts eines jeden insofern ist, allen Menschen die gleiche Teilnahme an den Wohlthaten zivilisierter Friedensarbeit zu sichern.

Der Kongress bemerkt, daß die Arbeit für das polnische Volk das soziale Verhältnis der Polen in der Fremde zu ihrer Umgebung und zur Staatsgewalt des Landes, das sie aufsuchen, in keiner Weise zu stören vermag. Im Gegenteil, die Verpflichtungen gegenüber dem Einmünderungsland müssen mit der größten Pflichtigkeit bedacht werden, und die Teilnahme an öffentlichen Leben des Einmünderungslandes muß der Ehre eines jeden Polen sein. Dieser Standpunkt ist für die Polen in der Fremde als beste Bürgschaft anzusehen, daß ihre Rechte auf freie kulturelle Entwicklung in den Ländern, in denen sie leben, nicht nur garantiert, sondern auch beachtet werden.

Bei aller Würdigung der nationalen Arbeit der Polen im Ausland legt der Kongress ein besonderes Gewicht auf die Arbeit unter der Jugend, weil diese die Sorge um die Erhaltung des nationalen Lebens der breiten Schichten der Auslandspolen aus ihren Händen zu übernehmen hat.

Der Kongress hat die Achtung vor Überwindung des Volkseinsamkeit der Polen zur Achtung vor fremden Völkern und zur Pöchtlichkeit der Völkerguppen gegenüber den Gesellschaften. Man wird die Praxis abwarten müssen. Doch allem, was von polnischer Seite geübt hat und hört, soll diese Bekanntschaft des Kongresses keine neue Einstellung Polens in diesen Fragen bedeuten. Es wird vielmehr behauptet: das alles ist schon von jeher die polnische Auffassung gewesen, nach diesen Grundsätzen sei sowohl der polnische Staat seit

jeher tätig gewesen und hätten auch die polnischen Völkerguppen im Ausland seit jeher gelebt. Das aber kann man mit guten Gründen beweisen.

## Übertriebene Zahlen.

„Am „Dzien Domorski“ (Nr. 162 vom 14. August) wurden Angaben über die Stärke der polnischen Völkerguppen und -splitter im Ausland gemacht. Es handelt sich, was besonders betont werden muß, nicht um exakte statistische Angaben, sondern um Schätzungen, bei denen mitunter — wie vor allem im Falle Deutschlands — großzügig nach oben abgerundet worden ist. Statistisch Wert haben diese Angaben im allgemeinen nicht, sie seien nur deshalb angeführt, weil sie in Polen glaubt werden und weil sie in manchen Fällen dazu herhalten müssen, bestimmte politische Forderungen Polens anderen Staaten gegenüber zu begründen. Im ganzen werden im „Dzien Domorski“ etwa 8,5 Millionen Auslandspolen geschätzt. Diese verteilen sich wie folgt:

U. S. A.	4 500 000	Manchaburi	5 000
Deutschland	1 250 000	Schwiz	2 000
U. d. S. S. R.	1 000 000	Mexiko	2 000
Frankreich	700 000	Darogsway	2 000
Brasilien	275 000	Simland	1 000
Litauen	200 000	Solland	1 000
Czechoslowakei	200 000	Stalae	1 000
Argentinien	120 000	Kuba	1 000
Ranaba	120 000	Chile	1 000
Rumänien	90 000	Australien	1 000
Estland	70 000	Peru	500
Belgien	40 000	Marokko	500
Ungarn	15 000	Ägypten	500
Jugoslawien	15 000	Kanis	500
Estland	15 000	Kürki	350
Dänemark	12 000	Bulgarien	300
Österreich	10 000	Schweden	200
Uruguay	10 000	Mittel- u. Südafrika	200
England	5 000		

Nach diesen Schätzungen sollen in den Polen unmittelfach beschaffbaren Staaten, Deutschland, Schwiz, Rumänien, Czechoslowakei, Dänemark und Estland, also 2 810 000 „Polen“ wohnen. In den übrigen europäischen Staaten soll es 817 850 „Polen“ geben. Mehr als die Hälfte aller Auslandspolen, nämlich 4,5 Millionen, siedeln obigen Schätzungen zufolge in den Vereinigten Staaten. Für die übrigen überseeischen Länder werden zusammen 539 200 „Polen“ angegeben, die fast restlos auf Brasilien, Argentinien und Ranaba entfallen.

## Eine Polnisch-Amerikanische Historische Gesellschaft in Chicago.

Kürzlich wurde, dem „Dzien Domorski“ zufolge, in Chicago eine Polnisch-Amerikanische Historische Gesellschaft ins Leben gerufen. Die Aufgabe dieser Gesellschaft wird in erster Linie die Errichtung eines Museums der Polnischen Immigration in Amerika sein. Dieses Museum soll Kunde geben von den Verdiensten und der außerordentlichen Entfaltung der amerikanischen Polen während des Weltkrieges. Ein anderes der Hauptziele dieser Gesellschaft wird die Sammlung historischer Materials sein, das auf die ersten polnischen Einwanderer in Amerika Bezug hat. Die Gesellschaft hat die Absicht, mit ähnlichen Instituten in Polen zusammenzuarbeiten und die polnischen Institute mit Doppelflächen niedriger Dokumente usw. zu versorgen.

Mitglieder der Polnisch-Amerikanischen Historischen Gesellschaft sollen nach dem Gedanken des Organisations Vöon E. Walkowicz nur verdiente Männer des öffentlichen Lebens und Freunde der Geschichte des polnischen Volkes sein. Der Rationalität nach können dies sowohl Polen als Amerikaner sein.

## Die polnischen Studenten in Deutschland.

Während des Kongresses der Auslandspolen in Warschau hielt im Warschauer Politikum ein Mitglied des Hauptvorstandes des Polenbundes in Deutschland und Gründer des Bundes der polnischen Studenten, namens Murka, einen Vortrag über die Lage der in Deutschland studierenden Polen. Nach seinen Angaben studieren 31. etwa hundert Polen vor allem an den Universitäten Berlin, Breslau und Königsberg. Sie entstammen meist Konditions- und Arbeiterkreisen und haben deutsche Gymnasien besucht. Sie werden vom Bund der Polen unterstützt, der an den genannten drei Universitäten Studentenseime unterhält. Es gibt drei Vereine der polnischen Studenten, die demnach zu einer einheitlichen Organisation vereinigt werden sollen. Das Zusammenhalten mit den deutschen Studentenorganisationen hat sich nach dem Bericht Murkas, den die „Gazeta Polska“ niedriger, jetzt besser gehalten, als es früher war. Früher traten die Polen nicht mehr hervor, nach der Machtübernahme durch die Hitlerregierung hätten sie die „Deutschen Studentenschaft“ beitreten müssen. Sie wollten dies aber nicht und wandten sich daher an das Ministerium, das schließlich mit den Polen eine Ausnahme machte und sie von dem Zwang, der „Deutschen Studentenschaft“ anzugehören, befreite.

## Die polnische Aus- und Rückwanderung 1927—1933.

Das polnische Statistische Hauptamt veröffentlicht die Zahlen über die Auswanderung aus Polen und die Rückwanderung nach Polen in den Jahren 1927—1933 jemie im ersten Halbjahr 1934. Den Höhepunkt der Auswanderung hatte das Jahr 1929 aufzuweisen, in dem insgesamt 243.442 polnische Staatsangehörige ihre Heimat verließen. Von diesen begeben sich 178.132 nach dem europäischen Ausland und 65.310 nach den überseeischen Ländern. Dieser Auswanderungsziffer stehen 104.503 Rückwanderer gegenüber, von denen 97.932 aus den europäischen Ländern zurückkehrten, während aus überseei nur 6579 heimkehrten. Diese hohen Zahlen haben ihre Begründung in der großen Auswanderung von polnischen Arbeitern nach Frankreich und in der starken Wanderungsbewegung von Saisonarbeitern nach Deutschland. Frankreich nahm 1929 81.500 Auswanderer auf, Deutschland 87.247, von welcher Zahl etwa 80.000 auf Saisonarbeiter entfielen. Während in diesem Jahre nur 8448 Rückwanderer aus Frankreich zurückkehrten, waren es 82.003, die aus Deutschland zurückkamen. Was die Auswanderung nach den überseeischen Ländern an betrifft, so waren, infolge der strengeren Einwanderungsbestimmungen in den Vereinigten Staaten, vor allem Kanada, das 21.703, Argentinien, das 21.116, und Brasilien, das 8732 polnische Staatsbürger aufnahm, das Ziel der polnischen Auswanderer. Die Vereinigten Staaten nahmen nur 9309 polnische Auswanderer auf. Aus überseei kehrten im Jahre 1929 6571 Rückwanderer heim.

Mit Beginn der Weltwirtschaftskrise geht auch die Auswanderung zurück. 1930 verließen 218.387 polnische Staatsangehörige ihre Heimat; sie finden hauptsächlich in Frankreich (86.500), in Deutschland (77.540) Arbeit, 46.534 wenden sich nach den verschiedenen Ländern Amerikas. Im Jahre 1931 übernahm bereits die Zahl der Rückwanderer nach Deutschland 27.500 Auswanderer, 76.005 verließen Polen, aber 87.678 kehrten zurück. Die Zahl der Auswanderer nach Deutschland betrug 32.302, die der Rückwanderer aus Deutschland dagegen 45.689. Frankreich nahm noch 28.996 polnische Arbeiter auf, aber 26.174 kehrten von dort zurück.

Im Jahre 1932 wanderten bloß 214.39 Personen aus Deutschland ab, seine Grenzen infolge seiner jändig ausbleibenden Arbeitslosigkeit gänzlich geschlossen; nur 388 Auswanderer, zumist aus Ostbereschlesien und dem Posenland, gehen nach Deutschland, während 1470 von dort zurückkehren. 8133 Auswanderern nach Frankreich gehen 25.126 Rückwanderer aus diesem Lande gegenseitig.

Im Jahre 1933 steigt die Zahl der Auswanderer etwas an; sie befreit sich auf 35.525, doch kehren 18.634 Rückwanderer in diesem Jahre heim. Frankreich ist jetzt das Land, das die meisten Auswanderer aus Polen aufnimmt. Es sind nicht mehr Bergleute, sondern zumist ungelernete Arbeiter aus den östlichen Gebieten Polens, die in einer Zahl von 11.427 in Frankreich Arbeit und Brot suchen, aber 10.172 kehrten von dort wieder zurück. Die Zahl der Aus- und Rückwanderer Deutschlands nach Polen fällt sich die Waage; 701 Auswanderer stehen 704 Rückwanderern gegenüber. Im Jahre 1933 gingen fast 50.000 polnische Auswanderer nach überseei, aber nur 16.167. Von dieser Zahl entfallen allein 10.344 auf Palästina.

Im ersten Halbjahr 1934 sind 17.037 polnische Staatsangehörige ausgewandert; 8700 in europäische Länder, 8733 nach überseei. Noch immer suchen 5063 Auswanderer in Frankreich Arbeit und Brot, aber 6840 sind in der gleichen Zeit heimgekehrt. In der Zahl der nach überseei Ausgewanderten sind 4220 nach Palästina gegangen. Verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres, in welcher 18.199 Auswanderer 10.473 Rückwanderern gegenüberstanden, ergibt sich, daß die Zahl der Auswanderer um 1162 kleiner geworden, die Zahl der Rückwanderer jedoch um 633 angestiegen ist.

Die Zahlen der Auswanderer nach Palästina vom Jahre 1929—1933 sind folgende: 1889, 2579, 1535, 2679, 10.344, die Zahl der Rückwanderer: 563, 179, 191, 109 und 66. Während im Jahre 1927 840 Auswanderer nach Palästina 4495 Rückwanderern gegenüberstehen und im Jahre 1928 363 Auswanderer 754 Rückwanderern, steigt vom Jahre 1929 die Zahl der Palästina-Auswanderer beständig, während die Zahl der Rückwanderer fortgesetzt abnimmt.

## Regierungserklärung zu den Danzig-polnischen Abkommen.

Am 15. August sprach Senatspräsident Dr. Kaufching vor dem Danziger Volkstag über die am 6. August abgeschlossenen Wirtschaftsverträge mit Polen. Eine Aussprache über die Verträge fand nicht statt. Daß die Verträge von Danzig eine Reihe nicht unwesentlicher Zugeständnisse forderten, darüber ist sich auch die Danziger Regierung im klaren. Ob sie sich bewähren werden, das kann erst die Praxis erweisen, das hängt in allererster Linie davon ab, wie Polen sich in Zukunft der Freien Stadt gegenüber einstellen wird, ob es, z. B. ein Recht wie das, die Arbeiter der leitenden Dienststellen des Danziger Solidariates zu fordern, mit denselben kleinen Geschäftskreislauf handhaben wird, mit dem es bisher den Danziger Wirtschaftsbetrieb stets zu führen und zu unterstützen bestrebt war. Es ist angelegentlich der Tatsache, daß Erfolg oder Mißerfolg des Vertragswerkes in weitgehendem Maße von Polen abhängig sind, wichtig festzustellen, daß der Abschluß der für zwei Jahre geltenden Abkommen nur unter Wahrung des beiderseitigen Rechtsstandpunktes erfolgt ist, daß Danzig also auch jetzt keineswegs einseitig gültig auf die ihm vertraglich zustehenden Rechte verzichtet hat, um die seit Jahren ein bestiger, aber letztlich unfruchtbarer und erfolgloser Kampf vor den Augen der Danziger Bevölkerung geführt worden ist. Gerade die Erkenntnis, daß die Abnahme dieses Streites hat die nationalsozialistische Regierung bzw. veranlaßt, eine praktische Lösung der stehenden Streitfragen in direkten Verhandlungen mit Polen und, ausgehend nicht vom formalen Rechtsstandpunkt, sondern von der harten Wirklichkeit zu suchen. Sie hat den Versuch gewagt, anstatt sich auf einen zwar günstigen, aber unzureichenden Rechtsstandpunkt zu verstehen, aus einer niedrigen Wirklichkeit für die Freie Stadt das Beste herauszuholen. Aus der Rede des Senatspräsidenten Dr. Kaufching seien im folgenden einige bemerkenswerte Stellen wiedergegeben:

„Schon im Vorjahre war es die Absicht beider Regierungen, über die schwierigste Frage der vollen Ausnutzung des Danziger Hafens hin- und her zu verhandeln, einseitig aber die Freie Stadt im gegenseitigen Zusammenhang lebende Fragen des Zolls zu beiseitigen. Die beiderseitigen Regierungen nahmen jedoch derart voneinander abweichende Stellungen zu den einzelnen Problemen ein, daß eine befriedigende Lösung zunächst nicht erreichbar zu sein schien. Die gegenseitige Beurteilung war nicht zum geringsten auf die noch fehlende Einsicht in die beiderseitigen Ziele und Absichten, auf das noch schwache Verständnis für die Lebensverhältnisse des Vertragspartners und auf geringes Vertrauen in die Nachhaltigkeit und Beständigkeit des Willens zur Zusammenarbeit zurückzuführen. . . .

„Wenn jetzt auch nicht der gesamte Komplex der zwischen Danzig und Polen bestehenden Streitigkeiten restlos fortgeräumt wurde, so darf doch nunmehr mit Bestimmtheit festgestellt werden, daß überwiegend die schwierigsten Fragen mit der Aussicht

auf Dauer gelöst werden konnten, so daß von einer Schaffung normaler und darüber hinaus freundlicher Beziehungen im Sinne gegenseitiger Ergänzung zwischen den beiden Vertragsparteien gesprochen werden kann.

„Die Präambel des Abkommens über die Beteiligung der Freien Stadt Danzig an den polnischen Einfuhrkontingenten betont mit besonderem Nachdruck den Wunsch, im gegenseitigen Interesse eine engere Verbindung und Zusammenarbeit des Danziger und polnischen Wirtschaftslebens zu erreichen. In einem weiteren Abkommen wird unter Aufrechterhaltung des beiderseitigen Rechtsstandpunktes dem gegenseitigen Wunsch nach möglicher Erleichterung im Verkehr mit Tieren usw. Rechnung getragen. Die nachdrücklichste Bekundung des Grundgedankens enger Zusammenarbeit, der sich auch in den weiteren Abkommen ausdrückt, findet sich jedoch in der Aufhebung der bisherigen Wirtschaftskontrollen im Verkehr von Danzig nach Polen, die eine schwere Belastung der Danziger Wirtschaft im gemeinsamen Zollgebiet und eine ernste Verhinderung eines guten Einvernehmens mit Polen bedeuteten. Es sei daher mit besonderer Ernennung Wert auf die Feststellung gelegt, daß durch die Aufhebung der Kontrollen ein seit mehreren Jahren bestehender besonders unglücklicher Zustand beseitigt worden ist. . . . wenn auch eine vertragliche und rechtlich allgemein gültige Regelung gewisser Zollfragen, wie der Staffelfolle, der Exportprämie und der Kompensationen noch nicht erzielt werden konnte. Die beiden Regierungen werden über diese noch offen gelassenen Streitfragen in nächster Zeit in weitere Verhandlungen eintreten.

„Ich möchte daran die zuversichtliche Erwartung knüpfen, daß auch die Durchführung in den Einzelheiten den gleichen Geist loyalen Rücksichtnahme aufweisen wird, den die Abkommen tragen, wie wir uns andererseits nicht die Möglichkeit von neuen Streitfällen und Meinungsverschiedenheiten ganz verheißt. Das liegt in der Natur der Sache und in der Unabsehbarkeit der künftigen wirtschaftlichen Entwicklungen. Innerhalb all dieser besonderen Erfordernisse künftiger Wirtschaftsentwicklungen in Danzig durch die Abmachungen Rechnung getragen werden. Ein Schlichtungsverfahren, das für Streitfälle eingeführt ist, gewährt die Möglichkeit einer besonders beschleunigten Regelung. Danzig erblickt gerade in der bisherigen Kongrualität des Schlichtungsverfahrens nach Artikel 39 der Pariser Konvention ein höchwichtiges Moment, das zu einer Verstärkung der gegenseitigen Stellungnahme führen mußte und eine der Mitarbeiter war, die zu dem bisherigen Verhältnis zwischen Danzig und Polen geführt haben. . . . Die neuen Abkommen räumen uns eine Reihe von Rechten ein, die bedeuten zugleich für uns neue Verpflichtungen. Ich möchte es jedem überlassen, selbst abzu-

mögen, ob Rechte und Verpflichtungen in einem für uns ertragbaren Verhältnis stehen. . . .

„Die jetzigen Abkommen bedeuten in der wirtschaftlichen Tendenz der Freien Stadt keine grundsätzliche Änderung. Die stärkere Anpflanzung an die polnische Wirtschaftspolitik bedeutet keineswegs den Verlust der besonderen selbständigen Bedeutung Danjigs als Wirtschaftsaktor. Ich möchte dabei mit ganz besonderem Nachdruck darauf hinweisen, daß die Abkommen keinenbruch mit den jahrhundertalten traditionellen Beziehungen Danjigs zu den übrigen Nationen Ost- und Nordosteuropas (England, Skandinavien und Island) und des Südostrums bedeuten, sondern daß Danzig im wohlverstandenen Interesse des gemeinsamen Vollertrages unseres Vertragspartners neuer erst recht befestigt sein wird, je ohne die bisherigen Komplikationen nachzunehmen. Es liegt mir dabei ganz besonders am Herzen, die jahrhundertalten Beziehungen zum Großbritanniens Reich zu erwähnen. Daß sich die innige Beziehung zum Deutschen Reich in wirtschaftlicher wie besonders kultureller Hinsicht von selbst versteht, bedarf keiner Erörterung. Es besteht demnach auch kein Anlaß, für den unzweifelhaft deutschen Charakter des Danziger Staates infolge der Abkommen irgendwelche Beschränkungen zu hegen. Für ihren Abschluß war die klare Anerkennung desselben die unerlässliche

Voraussetzung. Danzig hat seine Mission als Mittler aus dem Ost- und Südostraum zu Nord- und Nordwest-Europa jahrhundertlang erfüllt, ohne seinen eigenen nationalen Charakter einzubüßen. Wir tragen mehr denn je unser Schicksal in uns, und ich muß alle die warnen, die da glauben, sich den Ruf als Wächter der Unabhängigkeit und des deutschen Charakters Danjigs so billig erringen zu können wie durch Starre und anfruchtbarer Wahrnehmung von formalen Rechtsstandpunkten und durch nationale Zerrungen. Allen Auslegungen gegenüber möchte ich nachdrücklich betonen, daß in dem Abkommen kein Recht der Danziger Souveränität preisgegeben wurde und daß sich Danzig auch in seiner geistig-kulturellen Entwicklung keinem Separatismus irgendwelcher Art hingibt, der es der lebendigen Kraft des Zusammenhanges mit dem gesamten deutschen Volke beraubt. . . . Danzig hat sein Stapelrecht mehr, das ihm einst eine monopolartige Grundlage für seine wirtschaftliche Stellung war. Es ist völlig, historische Reminiscenzen für die Gegenwart bestimmen zu lassen. Die wirtschaftliche Bedeutung Danjigs muß sich heute anders bewähren; sein Stapelrecht ist die Güte seiner Kaufmannschaft und die Qualität seiner Arbeit. Es wird nun Aufgabe der Wirtschaft sein, ihr neu gebotenen Möglichkeiten auszunutzen. . . .

## Die Neuordnung der Danziger Wirtschaft.

Durch drei Verordnungen vom 28. Juli d. J. sind die Danziger Wirtschaftsverordnungen neu geordnet worden. Der durch Verordnung vom 13. Juli d. J. geschaffenen Bauernkammer sind zwei weitere Kammern, die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammer hinzugefügt worden. Diese Einrichtungen haben natürlich schon vorher bestanden. Der Zusammenschluss der Kammer für den Außenhandel mit der nationalpolitischen Wirtschaftsaufsicht entsprechend Wandel eingetreten. In der Industrie- und Handelskammer zu Danzig wird in Zukunft neben den Führern der Betriebe, also den Unternehmern, auch die Gesellschaft, also die Angestellten- und Arbeiterkreise, vertreten sein. Neben 40 Betriebsleitern haben 40 Mitglieder der Gesellschaft, und zwar 25 Arbeiter und 15 Angestellte. Zu diesen 80 gewählten und vom Senat zu bestätigenden Mitgliedern treten noch weitere (höchstens 20) fachkundige Mitglieder hinzu, die vom Senat ernannt werden. Eine Änderung der bisherigen Zusammensetzung der Kammer tritt auch infolgedessen ein, als auch die Einbeziehung der Minderkaufleute, d. h. derjenigen Kaufleute, die nicht ins Handelsregister eingetragen sind, vorgezogen ist, ferner noch infolgedessen, als auch die öffentlichen Betriebe, soweit sie erwerbswirtschaftlichen Charakter tragen, zur Kammer gehören.

Grundlegend hat sich die innere Organisation der Industrie- und Handelskammer geändert. Die Leitung der Kammer liegt nicht mehr in der Hand eines gewählten Präsidenten, sondern eines vom Senat bestimmten und abberufbaren Führers. Dieser bestimmt fernerweise einen Stellvertreter und einen Vizepräsidenten, der mit ihm gemeinsam die Kammer führt. Die Vollerfassung hat dem allein verantwortlichen Führer gegenüber nur beratende Befugnisse. Eine Vorkonferenz mit Abstimmen und beratend die Verordnung nicht. Der Einfluß, den die Vollerfassung auf die Entschlüsse des Führers ausüben vermag, beruht auf den in ihr vorhandenen Kenntnissen und Erfahrungen, deren sich der Führer in der Regel nicht bedienen müssen. Wichtig ist auch, daß die Beamten der Kammer vom Senat auf Vorschlag des Kammerführers ernannt werden und mittelbare Staatsbeamte sind. Die Angestellten der Kammer werden vom Führer nach vorheriger Einholung der Zustimmung der Aufsichtsbehörde angestellt. Bisher war die Kammer in der Anstellung von Beamten und Angestellten und durch die Erneuerung leit der Kammer, die allein für die Wirtschaftspolitik des Staates verantwortlich ist, in erhöhtem Maße die Gewähr dafür gegeben worden, daß die Vertretung des Handels und der Industrie im Sinne der von der Regierung verfolgten Wirtschaftspolitik tätig ist.

Der Aufgabenkreis der Industrie- und Handelskammer hat sich im Vergleich zum früheren Zustande erweitert. Die Kammer kann mit Zustimmung des Senats Zusammenkünfte bestimmter Berufsgruppen herbeiführen. Der Kammer ist weiter die Regelung des Verbringenswesens übertragen worden. Ferner ist sie befugt, ein Ehrengericht einzusetzen, das Verstöße gegen die Berufs- und Standesregeln durch Verwarnung, Verweis, Ausschluss von kaufmännischen Ehrenämtern oder Suspendieren bis zu 1000 Gulden zu ahnden hat. Gegen die Entschlüsse des Ehrengerichtes ist Berufung an den Senat zulässig. In die finanzielle Sphäre der Kammer hat sich der Senat einen weitgehenden Einfluß gesichert. Der Haushaltsplan ist in jedem Falle vom Senat zu genehmigen, während das bisher nur dann der Fall war, wenn die von der Kammer erhobenen Beiträge einen Aufschlag von 10 v. H. zu der Gewerbesteuer überstiegen.

Die neue Handwerkskammer ähnelt in ihrem Aufbau der Industrie- und Handelskammer. Handwerksmeister und Gesellen sind in ihr gleich stark vertreten. Jedoch scheidet eine direkte Wahl zur Hand-

werkskammer vollkommen aus. Vielmehr sind die Obermeister der Innungen und die Mitglieder als die Leiter der Gesellenausweise kraft ihres Amtes Mitglieder der Handwerkskammer; sie bilden zusammen die Kammer. Wo es in Danzig zur Zeit 54 Innungen gibt, besteht also die Handwerkskammer aus 108 Mitgliedern. Der Senat behält sich das Recht vor, von sich aus weitere geeignete Persönlichkeiten in die Kammer zu entsenden, und zwar in einer Höchstzahl von einem Fünftel der Obermeister und Altgesellen. Das Führerprinzip ist in der Handwerkskammer ebenso wie bei der Industrie- und Handelskammer durchgeführt. Der Aufgabenkreis ist gegen früher erweitert: die Kammer hat die Aufsicht über die Innungen; sie kann die sozialen Einrichtungen für den Handwerkerstand ausbauen u. f.

Durch eine weitere Verordnung, die gleichfalls das Datum vom 28. Juli 1934 trägt, ist ein Wirtschaftsrat errichtet worden. Dieser hat die Aufgabe, dem Senat in Wirtschaftssachen gelegentlich beratend zur Seite zu stehen. Er ist ein Körperchaft des öffentlichen Rechtes. Er besteht aus 18 Mitgliedern, zu denen kraft Amtes die Führer der Industrie- und Handelskammer, der Bauernkammer und der Handwerkskammer gehören. Je zwei weitere Mitglieder werden von diesen Kammern in den Wirtschaftsrat entsandt. Die übrigen neun werden vom Senat unmittelbar ernannt. Aus den Mitgliedern des Wirtschaftsrates bestellt der Senat den Führer, der den Titel Präsident führt.

Schließlich wurde noch eine Kammer für Außenhandel zu Danzig in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Abschluß der Danzig-polnischen Wirtschaftsabkommen ins Leben gerufen (Verordnung vom 16. August 1934). Die Kammer ist eine Körperchaft öffentlichen Rechtes. Sie hat die Handelsinteressen der Danziger Wirtschaft mit dem Ausland wahrzunehmen; sie soll von den Behörden in Außenhandelsfragen gehört werden. Mitglieder können zur Gewerbetreibende, veranlagte Kaufleute und Gewerbetreibende, ein Handelsgewerbe treibende Gesellschaften und Genossenschaften, Exportbetriebe und Handwerks-genossenschaften, land- und forstwirtschaftliche Rebenbetriebe, Versorgungsbetriebe und Betriebe der öffentlichen Hand erwerbswirtschaftlicher Art sein, falls sie sich im Außenhandel betätigen. An der Spitze der Kammer steht ein vom Senat zu ernennendes und abberufendes Präsidium. Der Vorstand, der dem Präsidium beratend zur Seite steht, setzt sich aus zwölf von den Mitgliedern vorbestimmter Wirtschaftszweige und vom Präsidium zu beauftragenden Personen zusammen. Die Kammer untersteht der Aufsicht des Senats. In dem Danzig-polnischen Vertragswerk vom 6. August ist die Kammer für Außenhandel als die berufene Vertretung der Wirtschaft der Freien Stadt gegenüber Polen J. B. in der Frage der Beteiligung Danjigs an den polnischen Einfuhrkontingenten anerkannt worden.

Mit den vier Kammern und dem Wirtschaftsrat ist die Danziger Wirtschaft im wesentlichen nach dem Führerprinzip durchorganisiert. Es ist die Gewähr dafür gegeben, daß die Organisationen der Danziger Wirtschaft in der vom Senat angegebenen Richtung tätig sind und daß sich im Danziger Wirtschaftsleben keine der Politik des Senates widersprechenden Tendenzen breitmachen können. Das ist anzuerkennen der Wirtschaft in Danzig, die sich besonders in der Danziger Wirtschaft besonders wichtig. Danzig tritt Polen als eine wirtschaftliche Einheit gegenüber. Dem politischen Streben nach Zerlegung des Danziger Wirtschaftslebens von innen heraus ist dadurch ein Riegel vorgeschoben. Die mit Inkrafttreten der sechs Wirtschaftsabkommen vom 6. August etwa auftauchenden Gefahren werden durch die Neuordnung der Danziger Wirtschaftsvorstellungen bis zu einem gewissen Grade beseitigt.

## Die Auseinandersetzung über Zyrardom.

Der Streit um Zyrardom hat sich weiter verschärft. Zwei Direktoren der Textilwerke, französische Großbetriebe, wurden verhaftet. Sie sind als Konkursverwalter unter Anklage gestellt. Auch die Ehrenratsverfahren gegen die Beteiligten, aber scheinbar nicht belasteten polnischen Politiker haben begonnen. Die französische Regierung hatte kürzlich ihren Woiwodehauer Botschafter beauftragt, bei der polnischen Regierung in der Zyrardomer Angelegenheit vorstellig zu werden und die Unterbrechung weiterer Maßnahmen gegen den Hauptaktionär der Werke, Bouffart, und dessen französisch-jüdische Komplizen zu fordern.

Die polnische Presse hatte über diese Schritt Vorworte unübt keine Mitteilung gemacht. Zyrardom aber die Sabas-Agentur die Meldung in alle Welt hinausposaunt hatte, sah man auch in Polen keinen Anlaß mehr, über die Angelegenheit Stillstehendes zu machen. Man gab darauf sehr deutlich zu erkennen, daß man in dem Eintreten der französischen Diplomatie für einen notwendigen jüdischen Sauer eine Entgegnung erblickte. Die Antwort, die Karoly vom Stellvertreter des Ministerpräsidenten erhalten habe, sei kurz und bündig gewesen: Mit dem Fall Bouffart beschäftigte sich in Polen zur Zeit der Staatsamts, so daß die Verwaltungsbehörden jede Einmischung in ein schwebendes Verfahren ablehnen müßten. Bouffart habe den polnischen Staatshaushalt um mindestens 16 Millionen Zloty betrogen.

Dieser Streit hat noch eine tiefere Bedeutung als die einer Auseinandersetzung mit französischen Scheinern und Betrügern. Er ist ein Teil einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über die Rolle des Großkapitals im polnischen Wirtschaftsleben. Es gibt im Woiwodehauer Regierungsbezirk einflussreiche Leute — und sie sind mit der letzten Regierungsumbildung mehr in den Vordergrund getreten, — die eine Einschränkung des Großkapitals, namentlich des ausländischen, von Staats wegen für wünschenswert und notwendig halten. Das ausländische Kapital soll nach der Auffassung dieser Kreise nur etwa in dem Rahmen zur Betätigung in Polen zugelassen werden, wie er in den beiden letzten Anleihen gekommen ist. England abgesehen werden ist, der ausländische Kreditgeber wird nur zur Erledigung bestimmter Aufgaben (in den beiden englischen Fällen: zur Elektrifizierung des Woiwodehauer Bahnenknotenpunktes und zur Ausstattung des polnischen Eisenbahnwagenparks mit Westinghouse-Bremsen) zugelassen. Eine dauernde Festlegung fremden Kapitals und dessen freie Betätigung wollen diese radikalen Kreise nicht mehr zulassen.

Für die nationalitätlich und sozialistisch Eingestellten hat dieser Gedanke sicher etwas Verlockendes und Verhängendes. Eine andere Frage ist es aber, ob auf diese Weise das sozialistische Ziel der Selbstbefreiung der polnischen Wirtschaft herbeiführbar werden kann. Bei der geringen Kapitalbildung in Polen ist an die Möglichkeit einer Ablösung das gerade in den wichtigsten Industriezweigen investierten Auslandskapitals durch polnisches Eigenkapital nicht zu denken — es sei denn, daß Polen die gegenüber den Deutschen Unternehmungen ansonstenden Methoden einer schloßter Entzweiung allgemein zur Anwendung zu bringen gedenkt. Polen wird sich im wesentlichen mit der Errichtung einer verstärkten staatlichen Kontrolle über das ausländische Kapital arbeitenden Unternehmungen zufriedengeben müssen. Daß dieser

Wunsch, das Auslandskapital zu kontrollieren, besteht, ist in einem so stark kapitalfremden Lande vorstellbar. Das heißt jedoch nicht, daß es durchzusetzen es rasch hinnehmen kann, wenn unter der Parole des Kampfes gegen fremdes Kapital eine rückwärtslose Ausrottungspolitik gegen das alt-eingeleffene Deutschtum Ostoberschlesiens geführt wird. Dort dient diese Parole nur als Verwand für die Entzweiung anderer, politischer Ziele. Der deutsche Unternehmer hat sich in Polen noch immer als ein wesentlicher Aufbaufaktor des polnischen Wirtschaftslebens erwiesen. Er hat mit dem französischen Kapitalisten, der — wie im Falle Zyrardom — Polen lediglich als ein Ausbeutungsobjekt merkt, nichts gemein.

Was es heißt, beaufste Unternehmer und beaufstes Kapital zu verbinden, das war gerade durch die Geschichte der Zyrardomer Werke bemessen. Heute, wo es sich in französischer Händen befindet, ist Zyrardom ein Skandal. Was es früher, als es noch in deutschen Händen war, gewesen ist, das ist in einer im Jahre 1927 von Zyrardomer Magistrat herausgegebene Schrift, deren Fikturie auch für den Woiwodehauer Grajanski recht möglich sein könnte, u. a. mit folgenden Worten beschrieben worden: „Karl Dietrich der deutsche Nachfolger des Gründers der Werke“ sagte des öfteren: „Der Kapitalismus schloß die Wunden, er muß sie auch heilen.“ Eingedenk dieses Grundsatzes schaute er keine Opfer; er errichtete außerordentlich Kinderheime, Schulen, Krankenhäuser, Altersheimen, ein Volkshaus usw. Aus eigenen Mitteln lieferte er die so wichtige Eisenbahn in Zyrardom und ermöglichte den Bau der meisten in der Gegend für Arbeiter und Ermöglichte den Sparkasse, die sehr gute Bedingungen gewährte, und zahlte als erster in ganz Polen freiwillig Altersunterstützungen aus, deren Höhe nach der Zahl der Dienstjahre berechnet wurde. Dabei ist zu bemerken, daß dies in einer Zeit geschah, in der das Sarentum alle sozialen und wirtschaftlichen Probleme durch Einfluß von Kolonienunterstützungen zu lösen pflegte!“

Das Wilmars „Slovo“ nimmt die Zyrardomer Affäre zum Anlaß, um einige Bemerkungen über das jüdische Kapital in Polen zu machen. Die Regierung sei in ihrem Vorhaben gegen das fremde Kapital inkonsequent. Sie ist bekümmert nur bei Kaufman des ausländischen Kapitals, und der Ministerpräsident Kosciolki habe schon erklärt, daß das fremde Kapital, das in Polen wie in einer Kolonie arbeiten wolle, dort nichts zu suchen habe. Gleichzeitig aber dulde er die starke Expansion des jüdischen Kapitals, das doch nicht minder fremd sei, auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes. Wenn die Entwicklung so weitergehe, würden in den ehemals russischen Landesteilen Polens Verhältnisse wie in Galizien eintreten, wo der größte Teil der Landgüter sich in jüdischen Händen befände und die polnische Bauernschaft wie eine arme aus einer Hand in die andere gäbe. Ebenfalls wie es dem Staat nicht schickig ist, wenn Zyrardom gehöre, ebenso wenig dürfe ihm gleichgültig sein, wenn die Majorität alter polnischer Magnatenfamilien gehören. Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß jetzt ein führendes Blatt der Regierungspartei eine wichtige Seite der Judenfrage in Polen befragt; und sie hofft, daß der Tag nicht fern sei, wo es keinen anfänglichen Meinungen in Polen mehr geben werde, der nicht begriffen habe, das die Judenfrage das wichtigste Problem des polnischen Lebens sei.

## Ostland-Woche.

### Frankreich will Polen kaufen.

Woiwodehauer Blätter melden, daß Frankreich bereit sei, Polen eine langfristige Anleihe von einer Milliarde Franken zu gewähren, falls Polen dem Ostpakt beitrete. In Paris werde in Kürze ein polnischer Sonderdelegierter eintreffen, der mit allen Vollmachten ausgestattet sei, um die Verhandlungen zu Ende zu führen. Frankreich wolle durch Gewährung der Anleihe zu erkennen geben, daß es in der letzten Zeit polnisches Polen und Frankreich aufgetauchten Differenzen als beigelegt betrachte. Eine Festlegung dieser Meldung liegt nicht vor.

### Die Reichsdeutschen aus dem Osten wählen.

Wie bei den letzten Abstimmungen, so haben sich auch dieses Mal wieder die Reichsdeutschen im Auslande in großer Zahl zur Urne begeben. In Danzig, dessen Deutschtum dem Führer im Serzen sein freudiges Ja gegeben hat, wurde die geschlossene Abfahrt der dort lebenden oder im Urlaub weilenden Reichsdeutschen zu einer großen Rundgebung für Adolf Hitler. Auf dem Seebreit-Schiff „Preußen“ haben 953 Reichsdeutsche ihre Wahlabsicht erfüllt. Minderbemittelten Volksgemeinen wurde durch die NSD die Teilnahme an der Abstimmung erleichtert. 8810 Wähler stimmten mit „Ja“, 636 mit „Nein“, 85 Stimmen waren ungültig. Das deutsche Generalkonsulat in Rotterdam hatte am 29. August eine 200köpfige Delegation der deutschen Reichsdeutschen ausgesandt. Die Stimmverteilung auf „Ja“ und „Nein“ läßt sich hier, da nicht geschlossen abgestimmt wurde, nicht feststellen. Dasselbe gilt für die Reichsdeutschen, die aus dem Polenschen und Dommerschen über die Grenze gekommen sind, um zu wählen. Die Reichsdeutschen der Stadt Polen wurden in

Deutsch-Itz, wo sie ihre Stimmen abgaben, von einem Vertreter des Regierungspräsidenten und vom Bund Deutscher Osten begrüßt und von der Bevölkerung herzlich aufgenommen. Die Reichsdeutschen in den polnischen Ländern nahmen gleichfalls fast sämtlich an der Wahl teil. Aus dem Memelgebiet und Litauen aus Ostland und 1. E. auch aus Ostland kamen zahlreiche Wähler nach Ostpreußen, um dort ihre Stimmen abzugeben. Der größte Teil der ostländischen Reichsdeutschen wählte an Bord des Dampfers „Rabe“, der mit 31 Wahlberechtigten von Rencal aus in die Zimmische Ducht hinausfuhr, wo in neutralem Gewässer der Wahlort vor sich ging. 333 Ja-Stimmen stehen dort nur 7 Nein-Stimmen gegenüber. Von Riga aus ging der Dampfer „Achilles“ am Wahlsonntag jenseits in See, um außerhalb der Drei-Meilen-Zone den ostländischen Reichsdeutschen Gelegenheit zu geben, ihrer Wahlabsicht zu genügen. Von den 660 abgegebenen Stimmen waren 650 Ja-Stimmen, 3 ungültig und 7 Nein-Stimmen.

### Die polnische Presse am 19. August.

Die polnische Presse hat sich naturgemäß mit dem Ergebnis der Abstimmung am 19. August sehr lebhaft beschäftigt. Die Beurteilung ist im allgemeinen günstig, wenn auch zurückhaltend. Im folgenden seien nur zwei polnische Meinungen wiedergegeben, die eine rückwärtslose Zurückkehr der deutschen Volksgemeinschaft, die aber voll begehrt. Selbstbehalten. In diesen beiden Ausprägungen spiegelt sich sehr deutlich die miszupfällige Einstellung der polnischen Presse zum neuen Deutschland. Die eine Äußerung ist dem „Kurjer Warszawski“ entnommen. Er schreibt: Die Wahlen seien vollständig

geben und unbeeinflusst durchgeführt worden. Der Wahlloß Adolf Hitler werde auch durch den Propaganda der Reichs-Stimmen nicht geschwächt, denn die Reichs-Stimmen seien die Bestätigung dafür, daß jeder deutsche Wähler völlig nach freiem Gutdünken hätte wählen können. Die letzten Ereignisse hätten in Deutschland nicht spurlos vorübergehen können. Wie man sehe, sei ihre Auswirkung minimal. Die Kräfte, die der Rationalismus infolge der Wärmerevolte zu überleben hatte, sei am gestrigen Sonntag endgültig abgeschlossen und überdauern worden. Der Rationalismus müsse heute in Reich neu gestärkt und neu gestärkt werden. Die rechtliche Autorität der deutschen Verfassungsänderung, die gestern bestätigt worden sei, sei so überlegen, daß sie vor jeder Kritik gefeit sei. Das "Pöbeln" von 12. Dezember 1933 habe eine ganz andere Grundlage. Man braucht nicht zu wissen, daß man sich nicht leisten kann, das ganze Volk für die Regierung zu gewinnen, als das man ein dem Ausland Widerstand zu leisten, das die deutsche Vererbung nach Gleichberechtigung nicht annehmen wollte. Am 12. November a. J. wurde nicht für Hitler, sondern für Deutschland abgestimmt. Die Siffen von 19. August können nur mit denjenigen vom 10. April 1932 verglichen werden. Damals seien bei der Reichspräsidentenwahl auf Adolf Hitler 13 417 407; Hitler hat also in zwei Jahren und drei Monaten 24 882 054 Stimmen hinzugewonnen.

Die andere Äußerung entnommen dem Krakauer „Staatsroman Kurier Coddjenny“. Er schreibt u. a.: „Das Völkertageblatt enthält auch nicht drei Seiten einer überaus. Sowohl praktisch als humanitär ist die politische Bewertung dieses Ereignisses mit einem E. habe Hochtaufen, Falsburger und Sobolewitschen gegeben. Warum solle es nicht Hitler geben? Alle fangen ja mit „H“. In demselben Völkertageblatt-Stil geht es dann weiter. Es liege in der Natur der Diktaturen (H), daß Volksabstimmungen immer immer große Wahlsiege brächten. Die letzte Volksabstimmung unter Napoleon III. habe am 8. Mai 1870 ihm ebenfalls einen glänzenden Triumph gebracht, denn 7,5 Millionen hätten sich für das Kaiserrium, nur 1,5 Millionen dagegen ausgesprochen, und trotzdem habe Napoleon 4 Millionen später am 2. September nach dem Fall von Sedan seinen Vögen dem deutschen Sieger übergeben. Was dieses politische Regierungsgeschick in diesem Artikel sonst noch über das deutsche Volk und den Führer schreibt, zeugt von einer derart schamlosigen Gesinnung, daß es sich selber wiedergebend löst. Von solcher Kritik keine Spur. Die Absicht, herabzusetzen und zu beschimpfen, kennzeichnet Inhalt und Stil. Zu einer Auseinandersetzung mit solchen Ereignissen einer unberechtigten Journalistik liegt keine Veranlassung vor.“

#### Der Führer an die Ostsee.

Der Reichskanzler und Führer Adolf Hitler hat an die 22. Deutsche Ostsee-Königsberg folgendes Schreiben gerichtet: „Möge die Deutsche Ostsee dem Reich sein, die in allen europäischen Beziehungen im mitteleuropäischen Raum in wirtschaftlicher, kultureller, politischer Hinsicht auszugestalten. Nicht imperialistische Ziele bezeichnen die Wirtschaft des nationalsozialistischen Deutschland, sondern das Bestreben, einem 66 Millionen-Volk Arbeit und Brot zu schaffen. Im Zeichen dieses Aufbauprogramms eines Volkes, das sich innerlich wiedergefunden hat und das bei Bewahrung seiner Ehre und Freiheit an der Befriedung Osteuropas mitarbeiten will, hat auch die Deutsche Ostsee besondere Aufgaben zu erfüllen. Aus diesem Grunde möge ihr ein Erfolg beschieden sein.“ (ge.) Adolf Hitler.“

#### Polen und die deutschen Messen.

Polen ist auf der diesjährigen 22. Königsberger Ostmesse zum ersten Male offiziell vertreten. Darin kommt die Tatsache der deutsch-polnischen Annäherung, der Wunsch, nach einem länderlichen Zusammenarbeiten wieder ins Gedächtnis zu kommen, sichtbar zum Ausdruck. Außer der offiziellen Ausstellung sind aus Polen — wie auch aus Ostland, Estland, Finnland, Sowjetrußland, Litauen usw. — Studienkommissionen, führende Persönlichkeiten der polnischen Wirtschaft und andere Interessenten nach Königsberg gekommen. Ebenso läßt Polen ein August stattfindend, die Unternehmungen der Leipziger Herbstmesse, die Ende August ausstellen, werden dieses Jahr vertreten sein. Polen hat dabei zahlreiche Abordnungen polnischer Handels- und Gewerbevereinigungen ihren Besuch der Messe bereits angemeldet. Für die kommende Frühjahrsmesse in Leipzig ist eine große polnische Sammelausstellung geplant. Bereits vor Jahren war Polen einmal mit großem Erfolg in Leipzig mit einer solchen Sonderausstellung seiner Ausfuhr-Ergebnisse vertreten. Dieser diesjährige Besuch mußte damals wegen des sich verschärfenden Wirtschaftskonfliktes ausfallen. Wenn jetzt an die Wiederaufnahme dieses Besuches herangegangen wird, so ist das ebenso ein Beweis für die wirtschaftliche Wiederannäherung Deutschlands und Polens wie die wiederholte deutsche Wirtschaftskrisis, den polnischen Messen in Warschau denken in Polen eine stärkere Beachtung zu schenken, und wie der Plan, Polen zu der in Zukunft alljährlich in Breslau stattfindenden Südostraussstellung heranzuziehen.

#### Kongresse in Warschau.

Vermüht wird in Warschau der Internationale Geographische Tag stattfinden. Besondere Beachtung verdient die Tagung des-

halb, weil zum erstenmal nach dem Weltkrieg auch die deutsche geographische Wissenschaft vertreten sein wird, und ferner deshalb, weil auf polnischen Vorschlag vom Präsidenten des Tages ein politisch belasteter amerikanischer Geograph gemüht worden ist. Es handelt sich um Prof. Dr. Jajab Bowman, der seinerzeit als amerikanischer „Sachverständiger“ bei der Festlegung der deutsch-polnischen Grenze in Versailles eine einflussreiche Rolle gespielt hat. Bowman wurde im Jahre 1917 von Oberst House, der als englischer Vertrauter des Präsidenten Wilson in so überaus verhängnisvoller Weise gewirkt hat, in die Kommission berufen, die die Aufgabe hatte, für die von Wilson geplante Neuordnung Europas das erforderliche statistische, geographische und historische Material zusammenzutragen. Bowman gehörte dem entsetzlichen Einfluß in dieser Kommission, deren Vorsitzender der Schwager des Obersten Prof. Miles, war, zu gewinnen. Unter seinem maßgeblichen Einfluß wurde Anfang 1918 dem in europäischen Dingen unangesehnen Präsidenten der Vereinigten Staaten ein gutathürlicher Bericht vorgelegt, in dem von der „Notwendigkeit eines angemessenen Zuganges Polens zum Meere“ die Rede war. In Versailles gehörte Bowman dann als amerikanischer Vertreter der „Commission des affaires polonaises“ („Ausfluß für polnische Angelegenheiten“) an, die am 1. März 1919 einen Unter-ausfluß mit der Ausarbeitung der polnischen Grenzlinie betraute. In diesem Unter-ausfluß sah sich General De Gaulle (Frankreich) und Oberst House (England) auch Bowman. Ob es ein glücklicher Gedanke war, gerade einen politisch so vordelasteten Professor zum Präsidenten des Warschauer Geographentages zu machen, muß fraglich erscheinen. Vollstreckungs maß, als man Bowman für dieses Amt vorschlug, die Absicht mitgeteilt haben, den J. St. so bilferischen Amerikaner zu ehren; vielleicht wird auch die Hoffnung gehagt, in ihm auf dem bevorstehenden Geographentag wieder einen politischen Sekundanten zu finden. — Auch ein anderer politisch bedeutsamer wissenschaftlicher Kongreß wird demnächst in Warschau zusammenkommen: die internationale Tagung der jamaikanischen Forschung, auf der, wie schon auf den früheren Tagungen die Themen über die deutsch-japanischen Kulturbeziehungen eine erhebliche Rolle spielen werden.

#### Deutsche Schulmeldungen abgelehnt.

In den ostpreussischen Ortshöfen Rydułtowy, Czernik und Plesca sind in diesem Jahre insgesamt 31 Kinder für die deutsche Primar- und Mittelschule angemeldet worden. Ob es ein glücklicher Gedanke war, gerade einen politisch so vordelasteten Professor zum Präsidenten des Warschauer Geographentages zu machen, muß fraglich erscheinen. Vollstreckungs maß, als man Bowman für dieses Amt vorschlug, die Absicht mitgeteilt haben, den J. St. so bilferischen Amerikaner zu ehren; vielleicht wird auch die Hoffnung gehagt, in ihm auf dem bevorstehenden Geographentag wieder einen politischen Sekundanten zu finden. — Auch ein anderer politisch bedeutsamer wissenschaftlicher Kongreß wird demnächst in Warschau zusammenkommen: die internationale Tagung der jamaikanischen Forschung, auf der, wie schon auf den früheren Tagungen die Themen über die deutsch-japanischen Kulturbeziehungen eine erhebliche Rolle spielen werden.

#### Deutsche Volksschule in Pissa.

Nach einer Mitteilung des „Polener Tagesblattes“ hat das polnische Schulministerium die Errichtung einer sechs-klassigen polnischen Volksschule mit deutscher Unterrichts-sprache in Pissa beauftragt. Die Schule bildet den Unterbau des deutschen Gymnasiums in Pissa. Sie wird den Namen „Pestalottzi-Schule“ führen.

#### Warum nicht „Lithauische Zeitung“?

Wie berichtet, hatte sich die estnische Presse darüber entsetzt, daß die „Revalische Zeitung“ sich nicht „Lithauische Zeitung“ nennt, da es ja den deutschen Namen „Kraut“ nicht mehr geben“ hierzu hat jetzt die „Revalische Zeitung“ eine Stellung genommen. Die estnische Presse ist auf den Standpunkt zu stellen, daß in einem selbständigen Estland deutsche Ortsbezeichnungen kein Existenzrecht mehr hätten. Damit wird aber die Frage unter einem ganz falschen Gesichtspunkt beurteilt. Mit der Selbständigkeit der estländischen Republik hat die ganze Sache nicht das geringste zu tun, sondern es handelt sich einfach um die bekannte Tatsache, daß jede Sprache ihre eigenen Ortsbezeichnungen hat, so daß, wenn in einem Lande verschiedene Völker leben, diese die Ortsnamen ihrer Heimat auch je nach ihrer Muttersprache oft verschieden benennen werden. In Finnland heißt die Hauptstadt schwedisch Helsingfors, finnisch Helsinki, und etwa in ganz erstreckende deutsche und französische Zeitungen würden doch liberlich diese Stadt die einen mit dem deutschen, die anderen mit dem französischen Namen bezeichnen. Was man in deutschen Sätzen statt „Kopenagogen“ „Köbenhavn“ oder statt „Venedig“ „Venezia“ oder statt „Dorpat“ „Tartu“ sagen wollte, so würde man einfach seine Muttersprache falsch sprechen, und es bleibt unerklärlich, warum das von einem verlangt werden soll. Warum nennen denn die Esten selbst die russischen Städte nicht etwa Odow oder Pskow, sondern Odowa und Pskowa? Einfach, weil diese Orte estnisch so heißen. Also moju der Värm? Wer wird dadurch geschädigt, wenn die Deutschen in Estland richtig deutsch sprechen? Wenn aber der Verfasser zum Schluß seines Artikels in „Dienaleht“ die gebrauchliche Wendung braucht: „das estnische Mehrheitsook nündigt es, daß unsere Sprache und unsere Namen nicht beschützt werden“ (so lautet), so kann man bzw. nur sagen: es gibt keine, die, wenn ihnen auch die Argumente nicht überzeugend sind, so helfen müssen, als daß sie anfangen zu schimpfen. Das hat natürlich weiter gar keinen Effekt als den, daß sie einem damit unfreiwillich einen ziemlich genauen Maßstab zur Schätzung ihres Bildungsgrades in die Hand geben.“

## Das oberlotharische Industriegebiet — Notstandsgebiet.

Durch einen Erlass des Preussischen Ministers des Innern sind die Städte Weuthen, Gleiwitz und Hindenburg sowie elf Gemeinden des Landkreises Weuthen-Carnowitz und achtzehn Gemeinden des Landkreises Golt-Gleiwitz als Notstandsgebiet erklärt worden. Das Notlandsgebiet umfaßt den ganzen Industriebezirk mit seinen Randgebieten. Vom Landkreis Weuthen-Carnowitz, dem sogenannten Industriegebiet, nur der nördlichste landwirtschaftliche Teil ausgenommen. Im Landkreis Golt-Gleiwitz fällt der südliche Teil um die Stadt Gleiwitz in das Notlandsgebiet. Mit einbezogen ist auch die Stadt Peiskretscham. Die Erklärung als Notlandsgebiet bedeutet, daß Erwerbs- und Wohnungslose nur dann in die Orte dieses Gebietes ziehen dürfen, wenn sie nachweisen, daß sie nicht der Öffentlichkeit zur Last fallen werden. Das bedeutet praktisch so gut wie völlige Sperrung des Junges derartiger Personen. Bisher waren nämlich die Zugzüge unterlingsbedürftiger Personen in den Industriebezirk immer noch ziemlich hoch, so daß die Gemeinden außer den Vallen für die erhebliche Zahl der Arbeitslosen in der einseitigen Bevölkerung auch noch bedeutende Aufwendungen für die Zugziehenden zu tragen hatten. Innerhalb des Notlandsgebietes besteht dagegen keine Beschränkung der Freizügigkeit von einer Gemeinde zur anderen.

## Oberverlegung bei Ratibor.

Die seit Jahren beabsichtigte Oberverlegung bei Ratibor wird nun endlich zur Tat. Die größte Maßnahme, die eine Möglichkeit von etwa vier Jahren erfordert wird und die einschließend der notwendigen Nebenarbeiten mit Wegeverlegungen und Brückenbauten, auf rund 11 Millionen Reichsmark veranschlagt ist, wird am 21. August im Rahmen einer würdigen Kundgebung eröffnet werden, wobei Bauleiter und Oberpräsident Helmuth Brückner den ersten Spatenstich tun wird. Die Oberverlegung bedeutet vor allem eine Verbesserung der Hochwasserabführung im Odetal. Außerdem wird sie neues Siedlungsgebiete erschließen und eine Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse in Ratibor herbeiführen. Gleichzeitig stellt sie eine wirksame Maßnahme zur Behebung der Arbeitslosigkeit dar.

## „Friedenau“ und „Sankt Annaberg“.

Der preussische Minister des Innern hat den Namen der Landgemeinde Cieszké, Kreis Cöfel, Regierungsbezirk Oppeln, in „Friedenau“ und den Namen der Landgemeinde Annaberg, Kreis Groß Strehlitz, Regierungsbezirk Oppeln, in „Sankt Annaberg“ umgeändert.

## Arbeitsdienst im Oden.

Nachdem im Arbeitsgou VIII (Ostmark) der Ausbau und derzeitige Stand der Riefenbarmung zur vollen Zufriedenheit der verantwortlichen Stellen gegeben ist, wird nun jetzt auch in anderen Arbeitsgauen des Deutschen Arbeitsdienstes darangehen, sich der Riefenbarmung zu widmen. Bei dem Aufbau und der Organisation der Riefenbarmung in den anderen Arbeitsgauen des Reiches wird ausschließlich auf die in den fünf Betrieben des Arbeitsgaus VIII (Ostmark) ausgebildeten Führer zurückgegriffen werden. Die bahnbrechende Anstrengung dieses neuen Tätigkeitsfeldes für den Arbeitsdienst durch die Einheiten des Arbeitsgaus VIII hat somit ihre ersten Früchte getragen.

## Ein Museum ostmärkischer Ausgrabungen.

Der Vertrauensmann für vor- und frühgeschichtliche Bodentatortümer in der Provinz Brandenburg, Professor Dr. Unverzag, hat dem Wünsche des Arbeitsgaus VIII (Ostmark), ein Riefenmuseum für die ostmärkischen Bodentatortümer zu errichten, zugestimmt. Dieses Museum, das in der Gruppe für Riefenbau in Friedland (Mark) errichtet soll, wird in Zukunft alle Funde, die der Arbeitsdienst bei seinen Arbeiten macht, nach Konfiszierung im Museum für Vor- und Frühgeschichte in Berlin in der Burg Friedland aufnehmen.

## Aufführung des Seebienstes Ostpreußen.

Der Seebienst Ostpreußen erlebt in diesem Jahre einen nie dagewesenen Aufschwung. War im Vorjahr der Verkehr während der ganzen Saison auf 71 000 Personen gewachsen, so wird 1934 schon in den Monaten Mai bis Juli über 53 000 Menschen mit dem Seebienst gefahren. Im August reichten in Einzelfällen die durch Dampfer „Raiser“ verkehrten Seebienstschiffe „Sanfstadt Danzig“ und „Preußen“ nicht aus. Es wurde deshalb zeitweilig als viertes Verkehrsschiff die Reichsbahnfähre „Dresden“ (Sofint) eingestellt.

## Ost und West.

Die Stadt Wachen hat aus Anlaß der Benennung einer „Friedlandstraße“ der Stadt Friedland in Ostpreußen ein großes Bild vom Rathaus zu Wachen geschenkt; es trägt die Widmung: „Ost und West in Ehren und Wohlstand“. Das Bild zeigt die Stadt Wachen ihrer Ostentlast Friedland zum Gedächtnis an die Benennung der Friedlandstraße in Wachen. Im Juli 1934.“ Das Bild wird im Sitzungssaal des Friedländer Rathauses den ihm gebührenden Platz finden.

# Unwahre Behauptungen über die Plebsche Verwaltung.

Die polnischen Kreise, die an dem Vernichtungsfeldzug des Wolowoden Gragnjki gegen die Plebschen Unternehmungen Gefallen finden, scheinen nicht bedacht zu haben, daß, sich, die „Inflations-, und „militärischen“, „Finanz-, und „ökonomischen“, auf die Masse der in den Plebschen Betrieben beschäftigten Arbeiter auswirken müssen. Seit Wochen beklagen sich die Arbeiter über die wachsende Not, in die sie dadurch geraten, daß infolge der Beschlagnahmen die Löhne nicht voll oder überhaupt nicht ausgezahlt werden können. Ihre Vorstellungen und Bitten auf dem Wolowodenfeld, die beschlagene Waren, Gebelager freizugeben und die Pfändungsaktion einzustellen, um die Fortführung der J. E. schon ohne Betriebsmittel bestehenden Betriebe zu sichern, sind erfolglos geblieben. Es ist kein Wunder, daß die Arbeiterschaft angeleitet des unsozialen Verhaltens der Behörden von einer steigenden Erbitterung ergriffen wird. Als es schließlich an einigen Orten zu bewogenen Versammlungen kam, in denen die Haltung der Behörden scharf kritisiert wurde, bekamen es die Versammler der Gragnjkschen „Politik doch mit der Angst zu tun. Aber anstatt nun darauf zu dringen, daß die Behörden endlich auf die Beschwerden von der Plebschen Verwaltung gemachten Auslassungsursachen eingehen, unternehmen sie den Versuch, die allgemeine Mißbilligung der Arbeiterschaft gegen den Fürsten von den Plebschen von Pleb und die Plebsche Verwaltung zu lenken. Sie scheuen dabei nicht vor öffentlichen Verleumdungen zurück. Der „Allgemeine Kurier Gohjenny“ z. B. behauptet, daß bestimmte Beträge zu Lohnzahlungen freigegeben, aber zur Bezahlung von Schulden in Deutschland vermandt worden seien. Anstatt sich wegen der Regelung seiner Steuerangelegenheiten mit den polnischen Behörden in Verbindung zu setzen, habe Pleb sich mit 14 Klagen an den Völkerrand gewandt. Die Arbeiter müßten aber recht gut, daß ein solches Vorgehen eine „Provokation“ und „Kündigung“ sei.

Es handelt sich hier um eine nicht nachweisende Entstellung der Tatsachen, mit einseitigen Ausfährungen der „Ostpreussischen Morgenpost“ herangezogen.

Der Krakauer polnische Zeitung dürfte es bekannt sein, daß die Verwaltung auf Grund der neuen Steuerforderungen alles Mögliche getan hat, um mit den Plebschen eine Einigung zu erzielen, und eine Umhaut von Eingaben bis an das Finanz-

ministerium gesandt hat, die größtenteils noch unbeantwortet sind. Auch ist ein Angebot auf eine hohe Abschlagszahlung ergangen, ohne daß damit die Pfändungen aufgehoben werden konnten.

Was die Freigabe von Geldern zur Lohnzahlung angeht, haben sich die Dinge folgendermaßen abgespielt: Am 29. Mai trat die Bergwerksdirektion des Fürsten von Pleb in Kattowitz an die Wojewodschaft heran, mit dem dringenden Auftrag, die Pfändung des Kontos bei der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft in Kattowitz aufzuheben, da die Betriebe infolge der Zwangssozialreklamationen schwerem Illiquid geworden und nicht imstande seien, die Lohn- und Gehaltszahlungen zu leisten. Am nächsten Tage antwortete der Vorsteher der Finanzabteilung der Wojewodschaft, daß in Berücksichtigung dieses Antrages die Aufhebung der Pfändung der genannten Konten angeordnet worden sei. Tatsächlich bestand das Guthaben auf diesem Konto im Augenblick der Beschlagnahme aus wenigen tausend Zloty. Trotzdem war die formelle Freigabe dieses Kontos notwendig, um einen von dritter Seite zu beschaffenden Betrag für Lohn- und Gehaltszahlungen verwenden zu können, da sonst auf Grund des den Banken zugestellten Pfändungsbefehles jeder auf diesem Konto eingebende Betrag automatisch gepfändet worden wäre. Das freigegebene Konto wurde nun, so gut es ging, aufgeführt und zu Lohn- und Gehaltszahlungen verwendet. Da der für diese Zahlungen nötige Betrag aber bei weitem nicht verfügbar war, mandte sich nunmehr am 6. Juni der Betriebsrat der Gruben des Fürsten von Pleb an den Vorsteher der Finanzabteilung des Wojewodschaftsammtes. Dieser erklärte dem Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrates, er habe nicht die Absicht, den Arbeitern die ihnen zuzehenden Gelder wegzunehmen. Es seien daher der Verwaltung lediglich für Lohn- und Gehaltszahlungen mehrere hunderttausend Zloty freigegeben worden. Tatsächlich ist jedoch, daß bis zum heutigen Tage neben dem oben erwähnten geringen Bankguthaben auch nicht der kleinste Betrag aus dem beschlagnahmten und beschlagnahmten Summen freigegeben worden ist. Die Ausführungen des Krakauer Blattes stellen daher eine bewußte Verfälscherung der Öffentlichkeit über und lassen die deutliche Absicht erkennen, die Arbeiterschaft aufzuheben und einen Keil zwischen Wojewodschaft und Verwaltung zu treiben.



## Königsberg als Industriestadt.

tritt auch in Königsberg, als einer ausgeprochenen Hafen- und Handelsstadt, die Industrie hinter Verkehr und Handel zurück, so hat sich doch — im Jahre 1907 vor dem Kriege beginnend — eine recht bedeutende Industrie in der ostpreussischen Landeshauptstadt entwickelt, die in einer großen Anzahl über den Rahmen einer örtlichen Bedeutung hinausgehender industrieller Werke und Unternehmungen zum Ausdruck kommt. Aber auch kleinere und mittlere Industriebetriebe nehmen im Wirtschaftskreis der Stadt eine geachtete Stellung ein.

An der Spitze der Industrie Königsbergs steht zweifellos die Holz- und holzverarbeitende Industrie, von der großen Teil in Verbindung mit Unternehmungen für Hobel- und Klebholz. Die Sägenindustrie, die in überragendem Ausmaße Holz aus ostpreussischen Wäldern verarbeitet, hat einen bedeutenden Absatz an hochwertigen Schnittbälzern in das mittlere und westliche Deutschland aufzuweisen, während Bauholz vornehmlich in die Häfen der Ostsee und an die verarbeitende und Holzindustrie in Königsberg selbst geliefert wird. Die holzverarbeitende Industrie ist durch eine Reihe von Werken vertreten, die Sperrplatten, Fenster, Türen und andere Holzwarenartikel herstellen. Allen Königsbergern vertraut ist der Name der „Sperrplattenfabrik“ der Holzwarenfabrik Königsberg, die sich mit der Herstellung von Holzwaren aus ostpreussischer Birke befaßt. Zu den holzverarbeitenden Werken gehören auch die Betriebe der Königsberger Zelluloseindustrie mit ihren beiden großen am Pregei gelegenen Fabriken auf dem Saackheim und in Gollz. Nach dem Urteil von Sachmännern sind die Königsberger Zellulosewerke die leistungsfähigste Anlage der Welt. Das Rohmaterial beziehen die zum Zellulose-Konzern gehörigen Fabriken aus den Nadelwäldern, während die fertige Zellulose in das holzarme Ausland ausgeführt wird.

Seit alterzeit ist in Königsberg die Mühlenindustrie bodenständig — ein ganzes Viertel in der Innenstadt erinnert in seinen Straßennamen noch daran. Unter den Werken dieses Zweiges sind zu nennen neben der Wassmühle die Königsberger Mühlenwerke, die in der bekannten — zur Zeit allerdings stillstehenden — Schwimmbahn eine Spezialität aus Hülsenfrüchten herstellen.

Die eisenerarbeitende Industrie Königsberg ist besonders unter der pfleglichen Förderung des ostpreussischen Gouverleits und Oberpräsidenten Rich Roth in jüngerer Zeit einem weiteren Aufschwung entgegengegangen. Seit über 100 Jahren vertritt die Waggonfabrik V. Steinfort die in gutem Ruf stehende ostpreussische Waggonindustrie. Von hier aus gehen Eisenbahnmotoren, Straßenbahnmotoren, Karosserien und Scherzeuge für landwirtschaftliche Zwecke bis weit ins Reich hinein. Die erst vor kurzer Zeit ins Leben gerufene Ostpreussische Schiffbau A. G. ist im Rahmen des Industrieförderungsweges des Gouverleits unter Leitung des General- und deutschen Statthalter, des Hülfslen, entstanden. Zu nennen ist weiter die Schiffswerft von Schichau in Cantienuen, die frühere Schiff- und Maschinenbauantall Union. Unter den übrigen Betrieben der Eisenerarbeitungsindustrie erfreuen sich eine Reihe mittelgroßer Werkstätten für die in Ostpreußen bedeutende Landmaschinen-Fabrikation eines guten Rufes.

Eine ganz große Blütezeit erleben gegenwärtig die zahlreichen Unternehmungen der Bauintdustrie, und zwar sowohl für Hochbau, wie auch für Tief- und Betonbau, die in der augenblicklichen Hoch-Zeit der Bauwirtschaft vollauf zu tun haben im Straßen-, Brücken- und Häuserbau. Ihnen verwandt sind zahlreiche an der Grenze Groß-Königsbergs liegende leistungsfähige Betriebe der Steine und Erden, sowie die unter dem Namen „Cementwerk Preußen“ bekannte Niederlassung eines Berliner Großunternehmens für Zementwerke aller Art.

Wird sehr umfangreich, aber für den ostpreussischen Bedarf be-

deutend ist die Textilindustrie mit einigen Spezialbetrieben vertreten. Die Ostpreussische Dampfwebmaschinen bereitet sowohl ostpreussische wie auch auswärtsige Wolle im Reinigungsverfahren aus und führt sie zur weiteren Verarbeitung den Spinnereien zu. Aeltlings-eigene Firmen beschäftigen sich mit der Herstellung von Plänen, Seilstrichen und Flagen, für die in einer Hofenfabrik ja immer ein Absatz geschleitet ist.

An der Ernährungsindustrie ist Königsberg mit zahlreichen Betrieben der Nahrungsmittelindustrie betrieblig. Große Brauereien, insbesondere die von Dr. Schönbach, Deuau und anderen Stadtteilen, sowie große Vikar- und Selterwasserfabriken haben sich in der ganzen Provinz einen führenden Namen gemacht. Der weltberühmte Königsberger Marzipan bedarf eigentlich keiner näheren Erläuterung, sein Ruf spricht für ihn. In diesen Zweig gehören auch einige größere Süßholzwaldfabriken. Königsbergs Stellung als Seesboot hat selbstverständlich aus einem recht umfangreichen Schiffhandel auch einige Unternehmungen für Konfektionierung von Schiffen entstehen lassen. An die Lebensmittel-Industrie gehört ferner die Königsberger Rübbwaren- und Kalksteinfabrik A. G., und schließlich seien — wenig auch zur Zeit nicht im Betriebe — die Ostpreussische Eisenbleichwerke genannt, die modernste und größte Bleichwerke in Ostpreußen sind, deren riesige Werkstätten in Hardersdorf liegen.

In die recht lange Kette Königsberger Industriebetriebe reißt sich auch an hervorragender Stelle die Elektromechanik ein, die in dem fast die ganze Provinz versorgenden Ostpreussenwerk den größten Stromerzeuger Ostpreußen besitzt. Einem zwar kleineren, aber nicht weniger bedeutenden Anteil daran hat auch das Elektrizitätswerk der Stadt Königsberg. Die Elektroindustrie ergänzend haben sich in Ostpreußen Hauptstädte große Unternehmungen des Reiches, die sich mit der Herstellung elektrischer Apparate befassen, mit sehr bedeutenden Zweigstellen niedergelassen, wie Siemens, A. G. Bergmann u. a. Aus der heimischen Industrie sind in Königsberg einige Fabriken zu nennen, die Ole und Säfte erzeugen — unter ihnen die als Seifenfabrik bekannte S. G. & Co. und Soba —, ferner Zerkleinerer und Reinigungsanstalten, eine im Aufbau begriffene Lackfabrik usw.

Eine Sonderstellung nimmt die von den Preussischen Bergwerken und Hütten-Aktien-Gesellschaft mit Rohmaterial versorgte Bergbau-Manufaktur ein, die ihre Erzeugnisse an Schmelz- und Schmiedewerken als einziges Unternehmen ihrer Art auf der Welt in alle Länder der Erde sendet. Mit der Herstellung von Verbrauchs- und Schmiedegeräten aus Zerschnitt befinden sich neben der Manufaktur noch mehrere andere gewerbliche Betriebe. Hinzu kommen schließlich noch die großen kommunalen Betriebe, die als Versorgungsbetriebe eine unerlässliche Einrichtung einer modernen Großstadt sind: die Königsberger Werke für Gas, Wasser und Elektrizität, die Hofenbetriebsgesellschaft und der Städtische Schlachthof in Rosenau.

Den Verkehrsbelangen der Königsberger Industrie stehen die großen, ausgebauten Verkehrswege der Deutschen Reichsbahn, der Ostpreussischen Eisenbahn und der Preussischen Provinzialbahnen, die nicht allzu langer Zeit auch einmal ein der Provinz angeschlossen worden, angeschlossen sind, ein neben den übrigen Stationen Königsbergs eigens als Industriehafen eingerichteter Becken für den fernwärtigen Verkehr, sowie endlich ein ausgebautes Landstraßennetz, das in einigen Jahren noch durch die dann vollendete Reichsautobahn nach dem Westen erweitert wird, zur Verfügung. Die Werbung für Königsbergs Industrie hat die Deutsche Oltmesse übernommen, die ihr — wie der selbstständigen Wirtschaft — die Wege in den ostpreussischen Wirtschaftsraum öffnet.

(Preussische Zeitung.)

## Der Anteil der deutschen Stämme an der Rückbesiedlung der Ostlande.

Die politische Wiedergewinnung des Ostlandes, seine wirtschaftliche Erschließung und kulturelle Gestaltung sind ein Gemeinheitswerk des deutschen Volkes.

Das deutsche Volk aber, seiner Rasse und Galtserhaltung nach im wesentlichen nordisch bestimmt, begegnet uns seit Beginn seiner geschichtlichen Sendung in einer Vielstammigkeit von Stämmen. Sie stellen sich uraltlich, durch Wanderungen, Kriege, Aufspaltungen und Zusammenflüsse beeinflusstes Erbgelände dar. Das Schicksal formte sie, einheitlich in den großen Lebensjahren, verschieden in einzelnen Charaktereigenschaften. Zum Schicksal — eines Volkes, eines Stammes, eines Mannes — gehört die Panschaft. Sehr geographischen, geologischen, klimatologischen und auch politischen Sonderungen prägen langsam, aber gemaßigt Volkstum und Stammesart.

Die kleineren Einheiten, die vor der Völkerveränderung den deutschen Raum erfüllen, schließen sich in den kämpferischen Zeiten seit dem 3. nachchristlichen Jahrhundert an größere Verbände zusammen. Diese sind es, die geschichtlich und geographisch die Entwicklung des letzten Jahrtausends getragen haben.

Der gesamte deutsche Raum hatte durch den Abzug der Ostgermanen und ihrer jenseitigen Ober- und Elbe anstößigen Nachbarn eine unfer gariges Sein gefährdende Verengung erfahren. Auf schmalerer Scholle fand sich

vor tausend Jahren unser Volk zusammengebracht, abergerichtet durch die westwärts flutenden Stämme, die über die Weichsel bis zur Elbe und Saale gestöset waren; begrenzt durch Nordsee und Alpen; in hartem Kampf mit dem aus Ketten, Römern und Germanen erscheidenden, zum Rhein vorlangenden französischen Volk.

Frieten rangen an der Nordsee, an Dachsen und auf Inseln mit dem mörderischen „blanken Hunn“. Ein starkes Gefühl von Kraft und Freiheit ward ihnen eigen; aber das harte, häßlich bedröhte Leben ließ ihnen wenig Zeit für ein weiter ausgreifendes politisches Wirken. Südlich von ihnen, in den fast unbegrenzten Weiten, in den heißen, Mooren und breiten Ackerflächen des nördlichen Flachlands bis zum Don- und Dnieperstromen fließt, mannigfaltig gegliedert der Stamm der Slawen, vielleicht der Ursprung, die Urzelle unserer Rasse. Weiter südwärts, eine bewegte Berg- und Hügelandschaft bebühend, grenzten die Thüringer. Sie bildeten gemießer dem niederdeutschen Volkstum den mitteldeutschen Übergang zum Oberdeutschum, das am Main beginnt. Viele Kleinstämme sind es gewesen, aus denen die Franken erzuhrten. Main-, Rhein- und Moselströme bedöckern jene herrlichen deutschen Gauen, in denen die Rede wächst, deren Saft das Blut leichter durch die Ähren flömen läßt. Mit dem Rhein aber wanderte der fränkische Stamm in das Siechtum bis zur Mündung des Stromes, bis zur Nordsee. Um den Oberrhein, im Elsaß, in Schwaben, in der Schweiz fand der

alemanisch-Schwäbische Stamm seines Nam; stlich von ihm, von den Donaufern bis ins Hodegebirge hinauf, der bayerische, Sachsen, Thüringer, Franken und Bayern waren es, die an der Elbe, der Saale und den hiesigen Randgebirgen den wälschen Vormacht auftraten. Sie bildeten im 10. Jahrhundert, nach die entscheidende Entzweiung von bewussten Deutschum bringt, unser völkische Offront! Von ihnen ging der Gegenstoß aus, der zur Wiedergemeinnung des alt-germanischen Oftraums geführt hat.

Dem bayerischen Stamm, der seine Bauernschaften in die Alpen-täler und längs der Donau ausstreckte, danken wir die Schöpfung der ersten deutschen Offmark, die den Namen Ost-Reich, Österreich, erhielt. Durch Bayern, vornehmlich aber durch Franken und Thüringer, erfolgte die Besiedlung Böhmens, wobei das slavische Volk der Eschonen einbezogen war. Im westphälischen Geschichte, die zeitweise die böhmischen Völker sogar zu Erregern der deutschen Kolonialgeist machte, mißlang schließlich doch die völlige Einbeziehung des böhmischen Reiches, in dem heute auf zwei Eschonen ein Deutscher gezählt wird.

Erfolgreicher als in Böhmen waren die Franken und Thüringer bei der Erschließung und Besiedlung der Meißenschen, lausitzischen und schlesischen Landschaft. Hier bildete sich in friedsich-kultureller Überwindung menschlicher und polnischer Völker-schaften ein stammesmäßig und geistig hoch einheitliches, mitteldeutsches Spröge. Reich waren die Berge an Schätzen, reich die Äcker an Fruchtbarkeit. Zahlreiche Städte entstanden, Heimat kunstflügger, leistungstüchtiger Menschen. Siedlungs-geschichtlich gehört auch Böhmen zu diesem mitteldeutschen Raum. Groß ist die Bedeutung Frage für die neue deutsche Bildung. Hier, alle auf Kolonialboden, wurde Deutschland's erste Unio s'istal gegründet. Von Prag zogen in nationaler Verbürgnis Studenten und Professoren nach Leipzig, wo ebenfalls in deutschem Zeu-land, eine zweite Universität entstand. Auf mitteldeutschem Boden finden wir die Anfänge einer (sächsisch, hochdeutsch) genannten Gemein-schaftssprache. Die Lebensfreude des Schlesiens wurde zeitweise durch schwarze Völe überschattet: Gerade über dieses Grenzland gingen vornehmlich die Mongolen- und Hustenstürme hinweg. Waren es diese Erfahrungen, war es altfränkisches Erbe oder Einflus, aus der Seele östlichen Volkstums, das gerade in Schlesien eine größerliche Religio-sität, eine mystische Gottschau erwarben? Von Jacob Böhme und Angelus Silesius geht durch die mitteldeutsche Selbstgestaltung eine Linie bis zu den schlesischen Dichtern und Gottfahnen der Gegenwart.

Noch bedeutungsvoller aber für die deutsche Geschichte wurde das Siedlungs-werk der Sachsen. Ein kernstarker, über Menschen-schlag, ein Stamm von Bauern und Helden: Sie waren es, die bis zu den Uegen des Frankenreiches Karl am erbittersten für Glauben, Art und Freiheit ihrer Väter gekämpft hatten, die auch nach der Einbeziehung in das Reich herb und treu ihre Eigenart bewahrten, um endlich selbst Schlichter und Walter deutschen Wesens und deutscher Größe zu werden. Was den Erben Karls, was selbst einem Ludwig dem Deutschen mißfiel, die Schöpfung eines geschlossenen deutschen Staats, gelang dem schlesischen Stamm. Er stellte dem ersten mehr-als-hundert großen König, den genialsten mittelalterlichen Vorfahrer deutscher Totalität. Es war Heinrich I., der Sachsenherzog, der als deutscher König ein Aufbauprogramm übernahm und durchführte, wie es ähnlich erst nach einem Jahrtausend wieder, alle heute, vorliegt und vor dem Führer des Dritten Reiches in Angriff genommen wurde. Heinrich I. sicherte an allen bedrohten Grenzen den deutschen Raum, gewann die schristlichen Nord-, West- und Südostmarken zurück, schiederte des jungen Reiches Einheit, legte den Grund für soziale und innenpolitische Ge-staltung Deutschlands und erntete ein unvergängliches Lebenswerk, in-dem er unserm Volk den Weg zu m Ofen eröffnete. An der mittleren, oberen und unteren Elbe kämpfte, gibt er unerschlichen Geschlechter-folgen, gibt er der ganzen deutschen Geschichte Weg und Ziel. Vorbehalt klingt damals zuerst der Rome Brandenburg auf. Heinrich I. und erfolgreicher Arbeit sein Sohn Otto I., der Große, sichern der deutschen Kultur das Recht auf das voreinst germanische, dann überformete Offland. Rückschläge vermögen nur aufzukleben, nicht aber zu hindern. Das Werk nimmt seinen Fortgang.

Während der hohenstaufischen Imperialisierung die Kräfte der Nation im Mittelmeerraum vergeudet, dient sächsische Fähigkeit, sächsischer Zielwille unaufhaltsam vor und fügt jenseits Elbe und Oder Mark an Mark, Gebiet an Gebiet. Zu den Größten dieser Zeiten rechnen wir Heinrich den Dritten, dessen maßstabvolles Offstakt freilich Barbarossa persönlich — eines der bittersten Ereignisse unserer Geschichte!

Aber andere Fürsten und Führer traten an des Völen Stelle, so die Askaniern, so ihre späteren Nachfolger, die Hohenstaufener.

Das Land um die Offsee wurde deutsch, man darf auch sagen: sächsisch. Von Holstein bis Pommern und Brandenburg ging der nieder-sächsische Bauerntrieb. Die Schiffe der Hanse pflügten das Baltische Meer. Von Livland aus wurde Riga gegründet. Pflug und Kreuz eroberten den Boden. Dörfer und Städte erwachten ohne Zahl. Aus gotischen Vömen klang das Geläut deutscher Glocken. Die slavischen Fürsten löbten waren es, die den deutschen Menschen bereiteten und — vor der sächsischen Größe der Neulandbesetzung kapitalisierend — Deutsche wurden.

Das unersiehliche Werk des Nieder-sächsentums fand seine Krönung durch die heroische Tat des Gesamtdeutstums im äußersten Osten, um Weichsel, Prugel und Memel. Hier pflanzte der Deutsche Ritterorden das Panier seines Glaubens und seines Volkstums auf. Hier entstand in der mühseligsten Arbeit aller deutschen Stämme eine Großmacht, die in den Zeiten ihrer Blüt von der Ruckark bis Gotland und Island reichte. Ward sie auch, auf ein-jamem Vorpölen, Gotland und geträumt, so blieb doch ihr Kernstück: Ostpreußen. Brandenburg aber und Ostpreußen fanden sich zusammen um Brandenburgisch-preussischen Staat, dem die deutsche Zukunft gehörte. Er reifte zur Vormacht im Oftraum, als sein Adler die Schwinge aus über Pommern und das Weichsel-land, Schlesien und Posen spannte.

Im Staat Friedrichs des Großen bildete sich über das Stammesbewußtsein hinaus eine geistige Kraft: das Preuentum. Kant prägte in der preussischen Krönungsstadt Königsberg den Begriff der Pfliht als den gültigen Grundtat menschlichen Handelns. Das Werk der altdöutschen Geschlechter, der Bauern, Bürger und Ritter, der Hofmeister und Könige erhielt in der Formulierung des kategorischen Imperativs die letzte und tiefste Begründung. Aus dem kategorischen Imperativ her Pflicht fuhr vom Ofen her der Freiheitskum über unsern Staat, Deutschland von dem Springbrunnen Napoleons be-freidend. Aus ihm erbaute Bismarck der Nieder-sächse und Preuße das Werk der deutschen Einheit. Aus ihm zog Deutschland die Kraft seines fünfjährigen Ringens gegen die Welt.

Aus dem Bewußtsein des unbedingten Befehls der Pfliht legten zwei Männer des deutschen Oftraumes, der Niederdeutsche Paul von Hindenburg und der Oberdeutsche Adolf Hitler, die Hände ineinander. Aus diesem Bewußtsein, dem Deutschland das Lebens- und Kraftfeld des Ofens verdankt, jobsst unser Führer das Dritte Reich.

In diesen kurzen Ausführungen ist in großen Zügen der Anteil der deutschen Stämme an der Rückbildung der Ofstunde dargelegt. Notwendig und wichtig ist die Erkenntnis, aus welchen raffischen Bestand-teilen unser Volk erweh, in welchen stammesmäßigen Formungen sich seine geschichtliche Arbeit vollzog, und wie aus für die größte Tat der bisherigen deutschen Geschichte wurde: Die Kolonialisierung des Ofens, die das deutsche Volk zu seiner großen Sendung überhaupt erst beabsichtigte. Mit Dank verzeichnen wir, daß die Wissenschaft der Gegenwart sich den Fragen der Stammes-, Volks- und Völkenskunde in steigendem Maße widmet. Bedeutum sind hier namentlich die Forschungen des dem mittel-deutschen Kolonialkum entstammenden, lange in Königsberg und jetzt in Wien tätigen Altarchivforschers Prof. Joseph Kähler. Er war es, der schon seit langem den Blick dafür geföhrt hat, daß auch unser Schrifttum eng und unlösbar mit Blut und Boden verbunden ist. Sein neuestes Buch: „Das stammhafte Gefüge des deutschen Volkes“ (Verlag Köfel und Pufst, München) muß als eine wirkliche Lebenskunde und Lebenslehre unseres Volkes angeschlossen werden. Er zeigt uns aus der Wesenheitlichkeit des hochdeutschen und niederdeutschen Muttervolkes und aus dem Volk des deutschen Völkens (Ein-geringen) die Rostämme und Siedlungsgebiete des Ofens geworden sind. „Man muß das, was im Donauraum und was an der Offsee gesehen ist, gleichermaßen als deutsche Geschichte lesen.“ Die deutschen Stämme sind Glieder eines Leibes, dessen Wille das Reich ist. Das Reich der Deutschen, die über den ofstdeutschen Raum hinaus zum Weltreick geworden sind, muß zur geistlichen und freischen Einheit werden. Heute finden wir uns, nachdem Jahrhundertlang lang unsere beste Kraft sich gegen uns selbst gerichtet hat, zu uns und unserer Art zurück. Wir wissen, daß das Werk unseres Führers die geistliche Einheit unseres Einheitsmillionenvolkes ver-wirklichen wird. Dr. Vidtke.

Glückliche Wege für Mutter und Kind!  
Löst eine Spendenkarte



Spendenkarte  
für die  
Glücklichen Wege für Mutter und Kind!

## Die Erfolge der Arbeitschlacht in Schlefien.

Nach den Berichten des Landesarbeitsamtes Schlefien betrug die Arbeitslosenzahl in Schlefien Ende Januar 1934 148 749, Ende Juni 1934 nur 194 496. Diese Zahlen sind ein so imponierendes Zeugnis für die Aktivität, die der Rationalismus auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung entfaltet, daß alle Kräfte darüber verstummen sollten.

Die Arbeitslosigkeit in Schlefien betrug:

Zeitpunkt	1934	1933
Ende Januar	314 937	487 769
Februar	289 856	485 811
März	211 336	447 117
April	190 265	406 318
Mai	189 711	379 071
Juni	194 496	366 162

Den starken Einfluß der Jahreszeit auf den Arbeitsmarkt bringt die folgende Übersicht zum Ausdruck. Es betrug der Rückgang der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Monat Januar:

Zeitpunkt	1934	1933
Ende Februar	25 081	1 978
März	103 601	40 672
April	124 672	81 471
Mai	125 226	108 718
Juni	120 441	121 627

Im laufenden Jahre hat die Summe der Beschäftigten in Schlefien schon im Februar und März den Höchststand erreicht. In den beiden Monaten Februar und März erhielten nicht weniger als 103 600 schlesische Arbeiter Beschäftigung, während die Unterbringung dieser selben Arbeitslosen im Vorjahre fast vier Monate beanspruchte. Die Zahl der in männlichen Arbeitslosen ging von 251 457 Ende Januar auf 151 171 Ende Juni zurück, also um 100 286 oder um rund 40 v. H., die Zahl der weiblichen Arbeitslosen verminderte sich von 63 480 auf 43 325, also um 20 155 oder um rund 32 v. H. Die günstige Wetterlage erlaubt schon im letzten Drittel des Monats Februar, das Tempo der Arbeitsaufnahme zu beschleunigen. Diese Entwicklung ist aber auch auf die Initiative aller beteiligten Stellen in Schlefien zurückzuführen, die sorgfältig die Vorbereitungen für die Arbeitschlacht im Februar trafen. Die schlesische Wirtschaft war infolge der zielbewußten Maßnahmen der Reichsregierung wieder in der Lage, so sich aus dem Markt zu beleben, woran insbesondere die Metallindustrie, die Industrie

der Steine und Erden und das Baugewerbe beteiligt waren. Im März setzte dann eine fruchtbarste, mit keinem Vorjahre vergleichbare Beförderung ein, an der die einzelnen Berufe verschieden großen Anteil haben. Nach diesem kräftigen Vorstoß mußte sich das Tempo des Einsetzes im April abflachen. Ende Mai und die Frühjahrsoffensive abgeschlossen.

Die günstige Entwicklung der Aufsenberufe, die Prozenten in der Landwirtschaft und die Aufnahmebereitschaft der freien Wirtschaft ließen es, wie das Landesarbeitsamt erklärt, tunlich erscheinen, die Notstandsmaßnahmen zugunsten der Privatinitiative weiter abzubauen. Während im Mai noch 502 268 Notstandsarbeiter im Reich gezählt wurden, ging die Zahl im Juni um rund 110 000 zurück, woran Schlefien allein mit 13 593 Notstandsarbeitern beteiligt war. Das Landesarbeitsamt Schlefien zählte Ende Juni nur noch 47 406 Notstandsarbeiter, gegenüber dem 30. April 1934 verminderte sich die Zahl um 22 297. Die Zahl der im freiwilligen Arbeitsdienstigen Beschäftigten bejehrte sich Ende Mai in Schlefien auf 25 816 männliche und 971 weibliche Dienstwillige.

Vergleiche der Verhältnisse in Schlefien mit der Lage in anderen Landesarbeitsämtern zeigen, daß Schlefien mit in der vorderen Reihe der dort mit der Arbeitslosigkeit kämpfenden Gebiete steht. Im Mai 1935 entfielen im Reich auf 1000 Einwohner noch 80,7 Arbeitslose, in Schlefien 80,6 (in Niederschlefien allein 84,4); höhere Verhältniszahlen wies nur Brandenburg auf mit 110,5 und das Rheinland mit 95,3. Ende Mai 1934 kamen im Reich auf 1000 Einwohner 38,8 Arbeitslose, in Schlefien 40,3 (in Niederschlefien allein 41,7); in Brandenburg waren es 58,6, im Rheinland 52,9. Im umgleich günstigeren Lage befinden sich Ostpreußen mit 7,1 und Pommern mit 12,9 Arbeitslosen auf 1000 Einwohner.

Wie verschieden die Verhältnisse in den ländlichen und industriellen Bezirken liegen, bemittelt folgende Darstellung; es betrug die Zahl der Arbeitslosen auf je 1000 Einwohner im Mai 1934:

Niedererschlesischer Industriebezirk	12 355	50,6
Oberschlesischer Industriebezirk	27 722	53,3
Arbeitsamtsbezirk Ratibor	9 115	46,0
Arbeitsamtsbezirk Breslau	65 857	87,4
Industriebezirk einösl. Breslau und Ratibor	115 099	67,2
Restlicher Teil des P.O.A. Schlefien	74 612	25,0
P.O.A. Bezirk Schlefien	189 711	40,3

## Erich Koch eröffnet die Ostmesse.

Oberpräsident und Gauleiter Erich Koch eröffnete die 22. Deutsche Ostmesse mit einer programmatischen Rede. Er sprach über die natürliche Verbundenheit des Ostlands mit den schlesischen Völkern, über den friedlichen deutschen Aufbau im Osten und über die unmissliche Verbundenheit Ostpreußens mit der Gesamtheit des Reiches:

Im Osten sind die Völker jünger als im Westen. Meinungen und Stimmungen des Alters geben bei jungen Völkern weniger tief als bei alten. Obzwar Instinkte für die Notwendigkeiten des Lebens und für die Gesetze des Raumes sind unverwundlicher. Das benachbarte Polen hat als junges Volk die Konsequenzen aus der Raubbauhaftigkeit zu Deutschland gezogen und die neue, auf ganz weite Sicht berechnete und umfassende Friedenspolitik des Reiches nicht. Polen hat behauptet, daß es dank der Schwäche und der Weiblichkeit seiner demontierten Staatsmacht eine Politik aufgriff, sich selbst und der Festigung seiner unabhängigen europäischen Nachbarn dienend. Psychologische und materielle Rückfälle, die niemals bei solchen Generalerfündigungen ausbleiben können, haben nicht ausgereicht, um den gefundenen Weg dieses neuen politischen Verhältnisses zu gefährden. Sie werden auch in Zukunft nicht ausreichen.

Andere junge Völker haben das Gesetz des Ostens um seine Rechte zu wehren nicht mit derselben Klarheit erkannt wie Polen. Die Betrachtung zum Einzelfragen ist stets der Erkenntnis der großen Zusammenhänge und ihrer Folgen entgegen gestellt worden. Wir werden allen Maßnahmen, die gegen die Ehre und das Recht des deutschen Volkes gehen, mit Festigkeit zu begegnen wissen. Um übrigen arbeitet ganz einfach die Zeit für uns. Die natürlichen Lebensgesetze werden schließlich jede Verwirrung überwinden und die gemeinsamen Interessen zum Durchbruch bringen.

Die Aufgabe, daß die natürlichen Gesetze des Lebens der Völker, insbesondere des Wirtschaftslebens, stärker sind als die Willkür, wird bewiesen durch die Besichtigung dieser Messe. Auch niemals ist die Ostmesse so stark bedrückt worden wie heute. Obwohl die öffentliche Meinung der Welt die Tage im Osten pessimistisch ansieht, errödet die Deutsche Ostmesse keinen Rekord.

Es ist also den kampfhaften Verleugern aller möglichen Zwischenfragen nicht gelungen, die Atmosphäre Europas bis in die tiefen und tragenden Schichten der Völker hinein zu vergiften. Die Friedenspolitik Adolf Hitlers, die allein den natürlichen Gesetzen des Osttraumes entspricht, steht sich organisch durch.

Schon im ersten Jahre seit der Machtübernahme des Führers ist praktisch jede Arbeitslosigkeit in Ostpreußen beseitigt worden. Diese Tat ist nicht nur eine Tat des Staatsapparates, sondern eine Tat der gesamten ostpreußischen Bevölkerung, die in einmütiger Geselligkeit auf diesen Werke mitgearbeitet hat. Wir haben allein im Jahre 1933 landwirtschaftliche Flächen melioriert in einem Umfang, der das Sechsfache der Vorjahre beträgt. Wenn diese Maßnahmen, die im Jahre 1934 noch gesteigert sind, abgeschlossen werden, dann werden wir die ostpreußische landwirtschaftliche Anbaufläche um 10 Prozent vermehrt haben, d. h., anders ausgedrückt, wir haben dann fast vier Provinzkreise in Ostpreußen im Frieden gewonnen.

Der Straßenbau in Ostpreußen ist bisher stark vernachlässigt worden. Nicht zuletzt war hieran die wirtschaftliche Schwäche Ostpreußens schuld. In dem einen Jahre 1933 haben wir durch Instandsetzung eine Wegstrecke ausgebaut, die in ihrer Gesamtlänge der Strecke von Königsberg bis Wafel, nämlich insgesamt 1400 Kilometer, entspricht.

In einem Jahre haben sich in Ostpreußen die Sparkasseneinlagen um 26 Millionen RM vermehrt. Der Güterumschlag der Reichsbahn ist stark gelegen. Die Umfahrzeit hat sich nicht unbedeutlich vermehrt. Kurz, auf allen Gebieten des Lebens ist ein Zug zur Gesundung und zum Aufstieg bemerkbar.

Es hat diese Arbeit mit Erfolg nur deswegen in Angriff nehmen können, weil es unter dem Schwabe eines starken und dauerhaften Regiments zum ersten Male wieder das Gefühl absoluter nationaler Sicherheit bekam. Nur das gibt die Kraft und die Möglichkeit, weitreichende Pläne, die zum Teil erst unseren Kindern zugute kommen, in Angriff zu nehmen. Vor allen Dingen fühlt aber Ostpreußen jetzt, daß das Herz des guten deutschen Volkes mit ihm schlägt. Die Freude ergribt im Fremdenverkehr aus dem Reich ist gegenüber der vormaligen politischen Zeit um das Mehrfache gestiegen. Wir leben hierin nicht eine wirtschaftliche Angelegenheit, sondern ein Zeichen der inneren Verbundenheit des Reiches mit Ostpreußen. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß noch niemals der Reichsgedanke in Ostpreußen selbst so stark verankert war wie im nationalsozialistischen Staate. Ostpreußen und das Reich sind eins und nichts kann uns trennen.

## „Steinezangen“ in der Ostsee.

In ostpreussischen Küsten- und Hafenslätten lagen denn und wann Trümmer von Schiffen, die aus der See geholt worden sind und entweder in der verfallenen Form als „Boisgros“ für Mehl verwendet oder für den Strohhau geschlagen werden. Diese aus der See gebolten, „gerangten“ Steine werden durch eine kleine Gruppe von Schiffen beschafft, die sämtlich in Tokk mit a Strichen de Huff anfallig sind und — wenn genügend Aufträge da sind — fast nur das Steinezangen betreiben. Gegenwärtig wird nur an einer Stelle der Ostsee nach Steinen gerangt, und zwar an der Samlandküste. Die Gangeln liegen etwa dem Albertskreuz bei Tenkitten bis Kolshen bei Cron. Haupt-sächlich wird das Steinriff bei Palmücken und Brüller-ort aufgelaht. Das Zangen von Steinen ist nur auf Grund eines sehr scheinbar gestalt, dem die Regierung, hyn das Hebelbaum in die Welt ausstellt. Für wenig Geld, die sämtlich in Tokk mit be-dinnet sind, sind gegenwärtig solche Steine ausgebeutet. Diese Geneh-migung von Zangen von Steinen wird nur unter bestimmten Bedingungen erteilt. So dürfen Steine nur in einer Entfernung von mindestens 500 Meter von der Küste und aus einer Tiefe von mindestens 6 Meter gehoben werden. Durch die Festlegung dieser Mindestentfernungen und -tiefen will man den natürlichen Schutz der samlandischen Steilküste gewährleisten. Meist zangen die Schiffer heute aber erst in etwa 1000 bis 1500 Meter vom Strande, weil näher zur Küste die Steinlager schon ausgebeutet sind. Jedes der Steinezanger-Schiffe zuge (es sind das Segler bis zu 180 Tonnen) erfordert eine Besatzung von mindestens fünf Mann. Gewöhnlich halten zwei Schiffe

zusammen einen Leichter, der die Steine aus dem Meeresgrunde lacht und in die Zangen legt. In den Gerüstflößen sind je zwei Schiffe angeordnet, die nach der Größe der zu hebenden Steine angelegt werden. Das Heben der Steine, das künzzeitig unangefällig ist, erfolgt heute meist schon durch Windmotoren, durch die das mühsame Hochwinden von Hand erspart wird. Wie lange es dauert, bis eine Ladung Steine zangt wird, hängt vom Wetter und Wasser ab. Ist das Wetter gut und das Wasser klar, so kann die Ladung von etwa 30 bis 60 Kubikmeter schon in anderthalb bis zwei Tagen geholt sein. Sturm und trübes Wasser verlängern diese Zeit jedoch wesentlich. Wenn genügend Aufträge vorliegen, so daß fortlaufend zangt werden kann, so vermögen die Steinezanger durchschnittlich 14 bis 15 Ladungen im Jahr zu schaffen. Die Abnahme der Steine erfolgt durch einen Eiskübel, der ein Schiff hat, an seiner Außenwand eine Anzahl Eispögel, und der Eiskübel immer für fünf Jahre gilt, meist an, wieviel Tonnen die Ladung bei dem jeweiligen Einfahren des Schiffes umflut. Aus der Anzahl der Tonnen ergibt sich dann die Zahl der Kubikmeter der Ladung, wobei je 1,7 Tonne einem Kubikmeter Steinen gleichgesetzt wird. Die Colkermeister Steinfischer haben im Laufe der Jahre Steine nicht nur für die ostpreussischen Hafen- und Küstenbauten, sondern auch nach Danzig, Dierowen, Swinemünde, Sagnis, Stralsund usw. geliefert. Ein im vergangenen Jahre erfahrener Roman von A. Karstall „Stein, gib Trost“, der im „Völkischen Beobachter“ abgedruckt wurde und nun auch verfilmt werden soll, schildert das Leben der Steinfischer in der barten Tätigkeit der Arbeitslosigkeit.

## 700 Jahre Bad Warmbrunn.

Der weidwunde Hirsch von Bad Warmbrunn, der seine Wunde in dem heißen Sprudel badete und hierdurch den ihn verfolgenden Jägern des Herzogs Boleslaus angeblich die Heilkraft der Dörme verriet, gehört ebenso in das Reich der Sage wie der Eber von Wildbad, die Hunde von Karlsbad und andere kluge Tiere, denen sehr viele deutliche und ausnahmslos Kurative ihre Entdeckung aufschrieben.

Als sicher anzunehmen ist jedoch, daß die Geschichte des Bades Warmbrunn wesentlich weiter zurückreicht als bis zum Jahre 1281, aus dem die erste uns bekannte Urkunde über den Ort stammt, aus dem die heutige Chronik begründet. Herzog Bernhard von Jürlenburg stankte nach diesem Dekret dem neben seinen ritterlichen Übungen vor allem Krankenpflege treibenden Johanniterorden den Ort „callidus fons“ (Warmer Brunnen) und dokumentierte hiermit den eigentlichen Verwendungszweck der schon als heilkräftig erkannten Ethern im Interesse der kranken und leidenden Menschheit. In der Folgezeit kam der Ort in den Besitz jenes schlesischen, das heute noch am engsten und innigsten mit ihm verbunden ist, nämlich der Küssowen, die 1381 goll über, wie sie damals hieß, der Ritter Schöff, die 1381 den Gut Warmbrunn kauften und es später der Herrschaft Rymat einverleibten.

Von wesentlicher Bedeutung für die Entwicklung des Babelobens erwiebs sich die im Jahre 1403 durch Großschöff II. erfolgte Begründung einer Eiserzerg- und Kupfersteine in Warmbrunn, die er mit vielen Werken und Schenkungen ausstattete, worunter sich auch der „amauerete Born“ mit fließendem warmen Wasser vor dem Hofe befand. Durch mehr als 4 Jahrhunderte behauptete sich nun neben der Herrschaft Schöffsch das Kloster bis zur Säkularisation im Jahre 1810, und beide Gewalten waren mit Zug und Recht für bestmögliche Auswertung ihrer Quellbesitzes besorgt. Das Klostergüterrat wurde in die Kurie, die bis 1810 die eigentliche Verwaltung war, wie es nach dem damals bekannteren Nachbarorte hieß, ist ein Brief vom 15. Januar 1569, den der Kurfürstlich-Brandenburgische Medikus Dr. Caspar Hoffmann an den Kurfürstlich-Sächsischen Leibmedikus Paulus Luther schrieb und der sehr eingehend handelt. „Von Warmen Brunnen bei Hirschberg und seiner Kraft, Wirkung, Zug und Gebrauch: auch wie man sich dazu schicken und bereiten soll“. Etwas festum ist die Dauer der Kur, für die man 100 Babelunden als notwendig erachtete, und zwar so, daß man täglich vormittags drei bis vier Stunden und nachmittags abermals solange badete. „Auch die Crank-kur wird bereits empfohlen. Später schloste man die 100-Stunden-Kur ab und setzte an ihre Stelle eine vierwöchige, welcher Brauch sich bis in die heutige Zeit erhalten hat.

Die schloßherrlich brachte der Auffassung des Babelobens eine rege Bautätigkeit mit sich, und der Freiherr Hans Ulrich von Schöffsch ließ im Jahre 1627 das Größliche Bad vollkommen neu aufbauen, wobei sich das tragische Mißgeschick ereignete, daß am 17. September die Kuppel einstürzte, 10 Personen im Bade erlösch und 3 schwer verletzte, so daß man die Arbeit nochmals von vorn beginnen mußte. Weitere Unfälle wurden durch das unglückliche Schicksal des Freiherrn junioerte gemacht, der infolge seines Anflusses an Wallenstein 1634 als angehöriger Hochoberster vom Kaiser gefangenengenommen und in Regensburg hingerichtet wurde. Dagegen nahm sich die Propriet nach Abschluß des Dreißigjährigen Krieges des Bades sehr an, und der baufreudige Grafauer Abt Bernhard Neja erbaute 1662 das „Proprietische Bad (heutige Baffin) und 1669 bis 1692 das „Lange

Haus“ (die heutige Babelverwaltung) in lebendiger Fülle barocker Platonis. Das letztgenannte Gebäude, das durch einen gedekten Gang mit dem Baffin verbunden war, diente ausschließlich der Gästebetreiberberingung und stellt somit das erste bekannte Kurhaus des Bades Warmbrunn dar. Als diese Bauten legten Zeugnis ab von der zunehmenden Bedeutung des Bades und seinem Anpöhlungsstellen an eine vornehmte Badesgesellschaft. Über Zusammenfassung nach beidseitige oben aus der polnischen wie der schlesischen Aristokratie zu der nach dem Umfassung durch die friedrichianer Kriege allmählich die preussische Aristokratie hinzukam. Daneben war es eine Schicht besser-gestellter Bürgerlichkeit, die Warmbrunn aufsuchte. Eine reiche Ent-faltung erlebte das gesellschaftliche Kurleben zu Beginn des 19. Jahr-hunderts, die die Erbauung des reizvollen, noch heute zu den schönsten schlesischen Bauten gehörenden Gesellschaftshauses „Galerie“, das von Preussens Königin Luise eingeweiht wurde, und später des Kurtheaters zur Folge hatte. Klängevolle Namen von Dichtern und Künstlern weist die Kur- und Fremdenliste jener Zeit auf, so Goethe, E. G. Hoffmann, der mit dem Dichter-Brüderpaar Costello, dem Dresdener Schriftsteller Ball und dem Saganer Dichter Carl Weisler hier zusammentrat, die Maler Carus und Caspar David Friedrich, später Hoffmann von Fallersleben und Carl von Holtei, der das Kurtheater mit einweihete.

Als schließlich die Verkehrsverhältnisse sich besserten, wurde der Zutrom der Gäste so groß, daß man — auch im Hinblick auf die ge-fragerten hygienischen Bedürfnisse — seitens der Herrschaft Schöffsch, der inzwischen wieder durch den Rückkauf der säkularisierten Dreipelt alleiniger Babelbesitzer geworden war, daran ging, neue Babelhäuser zu bauen. Die im größeren Umfange benötigten Mengen Chermalmasser beschaffte man durch Bohrunen, als deren Ergebnis die Auffindung der „Neuen Quelle“, der Udmwizquellen und der Antonienquelle ver-zeichnet werden konnte, deren Temperaturen mit 44 Grad Celsius natürlicher Wärme die der bekannten Baffinquellen noch übertrafen. Das rege Interesse von Wissenschaftler aller Art, Ärzten, Chemikern usw. ließ die Benutzung für Spezialkurgen des Kurortes als aus-gesprochenes Heilbad bei Rheuma, Gicht, Arthritis, Nerven-, Haut- und Frauenleiden sowie den verschiedenen vorzeitigen Altersstörungen. Erch mancherlei Schwierigkeiten aller Art, trotz Weltkrieg, Inflation und Deflation hatte sich das Warmbrunner Babeloben auch weiterhin ganz außerordentlich gehoben, so daß ein Umbau der Babelanlagen zur Notwendigkeit wurde. Der derzeitige Besitzer des Bades, Reichsgraf Friedrich Schöffsch, veranlaßte die 1928 begonnen großartige Sanierung des gesamten Chermalmassengelbietes, an die sich der ge-wollte, 1933 vollendete Neubau des mit allem Komfort und den balneotechnischen Neuerungen ausgestatteten, direkt über den Quellen lebenden Kur- und Baderhotels „Quellenhof“ schloß.

Georg Kave.

### Personliche Nachrichten.

**Verelb:** Baffinbesitzer G. H. Ruzmann, Stellm. Freiherr Demmin und Gammernitz bei Herren, Baffinstraße 10, Berlin S. O. 11.

**Oberrang:** Otto Krause, Baffinstraße 1. B. in Wiesden, Ostseebad, am 20. 8. 72 Jahre.

**Gesellen:** Obermediziner L. B. Demmin, G. H. in Segen (Schl.-Schl.), Badens- und Kurort (Wien), am 20. 8. 72. (Hauptstadt Wien 1894 u. 1897/71), mit G. H. von 1878 bis 1890 Obermediziner des Kessels (Wien); Städteliche Gemeinderat L. H. Demmin, B. H. in Berlin, G. H. in Berlin, früher in Schlesien, Res. Vr. Stargard, 63 Jahre.